

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteur zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 8.10, pro Woche 25 Pf., Postgebühren Nr. 7108.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeit für die ersten 10 Zeilen 20 Pfennige, für weitere und Veranlassungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 70.

Breslau, Freitag, den 22. März 1895.

VI. Jahrgang.

## Die Lage der ausländischen Landwirtschaft.

B. G. Die conservative Presse giebt sich neuerdings alle erdenkliche Mühe, nachzuweisen, daß es keineswegs unseren deutschen Agrariern und besonders unseren ostelbischen Junkern allein schlecht gehe, daß vielmehr in allen Culturländern ein sich unaufhörlich steigender landwirtschaftlicher Nothstand bestehe, der dringend umfassende, gesetzliche Abhilfe erfordere.

Sie haben damit keineswegs Unrecht. Aber Unrecht gäben sie, wenn sie das weiterhin behaupten, daß es gegenwärtig der Landwirtschaft besonders schlecht ergehe, schlechter als der Industrie und dem Handel, schlechter als allen übrigen großen Berufsklassen und der ungeheueren Mehrheit der Culturvölker überhaupt.

Die Handels- und Industriekrisen sind ebenso wenig abzuleugnende Zeitercheinungen, wie der Nothstand, der unsere Landwirtschaft so empfindlich befaßt.

Und die Handels- und Industriekrisen, die früher stets, wenn sie einige Zeit gewährt hatten, wieder verschwanden und höchstens alle zehn Jahre einmal wiederkehrten, haben sich jetzt schon längst zu dauernden Nothlagen fortgebildet. — Das ist die nothwendige Folge der kapitalistischen Produktionsweise und der Privateigentums-Verhältnisse, aus denen diese Produktionsweise herausgewachsen ist.

Ebenso nun, wie die Handels- und Industriekrisen sich zu bleibenden Nothständen entwickelt haben, ebenso müssen sich auf der Grundlage des Privateigentums und unter der Herrschaft des Capitalismus die materiellen Schwierigkeiten, die unserer Landwirtschaft erwachsen sind, zu dauernden und immer zunehmenden Nothständen fortbilden, so lange, bis überall alle kleineren und mittleren Betriebe zu landwirtschaftlichen Großunternehmungen zusammengeschmolzen sind, die ihrerseits in vorletzter und letzter Instanz sich so lange an einander reiben und unter einander bekämpfen werden, bis sie in nationalen und internationalen Gesamtorganisationen aufgegangen sind.

Das ist der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung, wie dieselbe sich auf dem Fundamente der Privateigentums-Verhältnisse unabwendbar vollziehen und wie sie über kurz oder lang zum Socialismus führen muß, sobald die Völker endlich einsehen, daß des grauen Spiels genug ist, welches die kapitalistische Produktionsweise mit der arbeitenden Klasse treibt.

Genug und übergenuß an Noth und Elend könnten eigentlich schon heut zu Tage alle Culturvölker erlebt und erlitten haben. In dieser Beziehung müßte die gesammte civilisirte Welt jetzt schon reif für vernünftige, planmäßige Großorganisationen auf allen Wirtschaftsgebieten sein.

Wie dringend nothwendig solche Organisationen sind, das beweisen in der That die Mittheilungen über die Noth der Landwirtschaft in allen Culturländern, wie sie jetzt in der Aera des junkersocialistischen Antrags Kanitz durch die conservative Presse die Kunde machen.

Wir geben dieselben in Nachstehendem auszugsweise wieder und bemerken dazu, daß wir die Folgerungen, welche unsere conservativen Gegner aus dem Inhalt dieser Mittheilungen ziehen, in einem unserer nächsten Artikel beleuchten werden.

Zuvörderst also der Thatfachenextrakt, gegen den wir nicht das Mindeste einzumenden haben, der vielmehr Wasser auf die Mühle unserer socialdemokratischen Agitation liefert.

Ueber die landwirtschaftliche Nothlage in England schrieb kürzlich ein bekannter englischer Großgrundbesitzer, der Herzog von Bedford, Folgendes:

Man sagt uns Landwirthen, daß wir unvernünftige Menschen sind, wenn wir Gesetze für unsere besondere Klasse verlangen. Rentire sich die Landwirtschaft in England nicht mehr, so möge sie getrost zu Grunde gehen, und dazu wird es wohl auch kommen. Das Land bleibt brach liegen, und die aderbautreibende Bevölkerung wird dem Ruin überlassen werden.

Des weiteren erzählt der genannte Großgrundbesitzer:

Ein Grundbesitzer in East Anglia bot unlängst 3000 Acker Land zur Verpachtung an, lediglich gegen die Zahlung der darauf lastenden Steuern! In Essex werden 23,000 Acker Land nicht mehr bebaut, weil in vielen Fällen nach einer Darlegung des Lord Windhillsen das Land nur noch Wiesenwerth hat und eine Pacht nicht abwirft. Wir wollen nicht, sagt der Herzog v. Bedford hinzu und zeigt sich dabei als liberaler Engländer, daß die Regierung das Wetter regelt und die Preise feststellt, aber sie kann uns doch in vielen Beziehungen auf gesetzgeberischem Wege helfen. Man hat vorgeschlagen, es möge der Staat den brach liegenden Boden ankaufen und kleineren Leuten zur Bebauung überweisen. Man hat den intensiveren Anbau von Früchten, Gemüsen und Specialitäten an-

empfohlen, man magt es aber doch noch nicht, die Bahnen des alten Manchesterliberalismus zu verlassen.

Auch in den Vereinigten Staaten, so berichten des Ferneren der Wahrheit ausnahmsweise getreu unsere conservativen Gewährsmänner, hat der Getreidebau bereits aufgehört, lohnend zu sein, obwohl die Frachten fortgesetzt zurückgegangen sind, obwohl englische Dampfer das Getreide schon als Ballast zu einem Sage nach Europa befördern, der kaum die Kosten des Ein- und Ausladens deckt! Die Löhne sind gesunken, viele Arbeiter sind zufrieden, wenn sie nur die Kost erhalten!

In vielen Ländern kommt die landwirtschaftliche Noth zum Ausdruck durch allerlei Bemühungen um gesetzgeberische Maßnahmen.

So wird z. B. auch im ungarischen Reichstage, wie die „Schles. Ztg.“ eines von den oben erwähnten conservativen Blättern mittheilt, immer nachdrücklicher auf die Agrarfragen hingewiesen, und nur vorübergehend ist die öffentliche Aufmerksamkeit durch andere politische Fragen davon abgelenkt worden. Mehr und mehr greift in Ungarn die Ueberzeugung um sich, selbst in den Kreisen der liberalen Regierungspartei, daß dem großen Uebelstande, an dem die ungarische Landwirtschaft krankt, nur durch große Mittel von Seiten der Regierung in der Gesetzgebung abgeholfen werden kann.

Das einfachste, aber auch unverständigste und für alle anderen Theile der Bevölkerung außer der Landwirtschaft schädlichste Mittel, der nothleidenden Landwirtschaft eine höchstens kurze Zeit sich anscheinend bewährende Hilfe zu bringen, besteht in einer Erhöhung der Getreidepreise, wie sie durch Zollserhöhung und ähnliche gesetzgeberische Maßnahmen erstrebt wird.

Wo man sich durch Handelsverträge nicht an bestimmte Zölle gebunden hat, ist man denn auch zu Zollserhöhungen geschritten, wie vor allem in Frankreich, in Spanien und Schweden. Allerdings hat der Zoll, das geben selbst unsere Conservativen zu, nirgends die gewünschte Wirkung gehabt. In Portugal hält man anstatt dessen fest an der Contingentierung der Getreideeinfuhr, natürlich auch im Wesentlichen erfolglos. Verhältnismäßig am meisten vorgeschritten ist die agrarische Bewegung in der Schweiz, wo der neugegründete Bauernbund den Vorschlag gemacht hat, eine veränderliche Zollscala festzusetzen, deren theilweise Einführung in der Schweiz zur Zeit noch möglich ist. Danach soll ein Weizenmindestpreis von 20 Fr. für je 100 Kilo gesetzlich festgestellt und das fremde Getreide, insofern sein Preis hinter 20 Fr. zurückbleibt, mit entsprechenden

## Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisirte Uebersetzung von Marie Runert.

„Der Werkmeister rief mir zu: Geh, Du da, Celestin Joret, was murmelt Du da zwischen den Zähnen? Wiederhole es doch ein wenig lauter, damit wir Alle es hören können. Und, mein Herr, da habe ich es gethan. Was wollen Sie? Ich kenne Jacques Denis schon lange und viele Andere auch, die für mich stets gute Kameraden waren. Ich wollte sie nicht alle beschimpfen lassen. Ich weiß wohl, daß ich darin Unrecht hatte. Wenn die Großen reden, haben die Kleinen den Mund zu halten. Und meine Frau sagt: „Man läßt die Leute reden und giebt hinterher doch keine Stimme ab, für wen man will, Du Dummkopf!“ Aber das Unglück war nun einmal geschehen. Der Werkmeister schrie wie ein Rasender: „Deine Socialisten, mein Lieber, sind nichts weiter als Gefängnisfresser! 1871 habe ich nicht genug von diesen Kerlen niedergemacht. Ich sage Dir, das sind Streikbrecher, Faulenzer, Karotten, und die es mit ihnen halten, sind nichts Besseres!“ — Teufel! Da wurde ich wild, Herr! Kanaille Du selber! habe ich geantwortet. Er wurde weiß wie ein Tuch. Das sollst Du mir büßen! sagte er. Du weißt, daß Du heute Abend der Fabrik Adieu sagen kannst. Und wie er's gesagt, so trat er auch. Als bei der Lohnzahlung an die Reihe kam, hat er mir meinen Lohn bezahlt

und mein Arbeitsbuch ausgehändigt. Und da wollte ich heute den Herrn bitten, mich wieder aufzunehmen. Er kann sicher sein, daß ich nicht mehr den großen Mund haben werde. Ich werde selbst Dreisch am Berzeihuna bitten, so schwer es mir wird, weil ich nicht damit angefangen habe. Aber sehen Sie, ich habe eine Frau, Herr, drei Kinder und nichts übrig. Wenn ich entlassen bin, muß ich fort. Auf vierzig Meilen in der Runde giebt es hier keine ähnliche Fabrik!“

Ich versprach Joret, für ihn einzutreten. Allein Herr von Serenoize ließ mir kaum Zeit, den Mund zu öffnen. „Ich weiß, ich weiß,“ jagte er. „Joret! Ein Raifonneur! ein gefährlicher Geist! ein Führer! Er kann meinerwegen die Ansichten und Freunde haben, die er will. Aber unter meinen Arbeitern dulde ich keine socialistische Propaganda. Hier muß ein Exempel statuirt werden. Schlimm für ihn!“ Frau von Serenoize, die ich für die Frau und die Kinder zu interessieren versucht hatte, trat ebenfalls für Joret ein. Sie sagte ganz leise eirige Worte zu ihrem Gatten, von denen ich nur verstand: „... schlechter Eindruck!“ „Run, meine Liebe,“ sagte Serenoize, „Dir zu Gefallen werde ich der Familie des Joret fünfzig Francs überweisen, aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß er vor den Wahlen den Kreis verläßt.“ „O, mein Freund, wie gut Du bist,“ sagte Frau von Serenoize, ihren Gatten umarmend. — Und das Wunderbare an der Sache ist, daß sie es wirklich glaubt und er vielleicht auch!

Am 10. September. Hier ist eine ungefähre Aufstellung dessen, was Herr von Serenoize ein Tag aus der Wahlperiode von 1889 kostete:

Zweispännige Viktoria zu einer Fahrt durch das Arrondissement 50 Francs; Mische für Versammlungsfälle in sechs großen Dörfern 150 Francs; Rechnung der Wirth in jedem dieser sechs Dörfer, wo Mahen's Leute gegessen, getrunken, zum Trinken aufgefördert und Neben gehalten 130 Francs; Frühstück und Diner mit einigen Eingeladenen 80 Francs; für Druck, Versandt und Anschlag von Placaten und Flugblättern 1500 Francs; Mische für einen großen Circus zu einer Wahlversammlung in Amboise 1000 Francs.

Der Besitzer hat sich nämlich verpflichtet, während des Wahlkampfes den Saal an Niemand weiter zu vermieten. Das Vergütigen, die Gegenandidaten in Verlegenheit zu bringen, muß man doch, wie recht und billig, theuer bezahlen!

Für Sachbeschädigungen in einer verhältnismäßig ruhig verlaufenen Versammlung (zerbrochene Bänke, abgerissene Tapeten u.) 100 Francs. Vorbereitende Sch- und Trinkgelage der Enthusiasmusfabrikanten 80 Francs; in Summa 3070 Francs.

Dazu kommen noch die Rechnungen für hier und da ausgetheilte Untersügungen, die Zuschüsse für drei Zeitungen, die in einer Auflage von 10,000 Exemplaren erscheinen, ohne Abonnenen zu besitzen. . . . Da begreift man den melancholischen und naiven Seufzer, der Herr Serenoize heute Abend ent schlüpfte: „Sind doch riesig theuer, die Herren!“



Eingangszöllen belegt werden. Wird fremdes Getreide billiger als zu 20 Fr. eingeführt, so soll die Abgabenpflicht die Differenz draufschießen und einziehen, um sie allenfalls an die Cantone abzugeben. Erreicht das fremde Getreide den Mindestpreis, so sollen die Gebühren fortfallen.

Unter den Rückwirkungen der niedrigen Getreidepreise sind endlich auch über eine Reihe kleiner Ausfuhrstaaten, wie Rumänien, Bulgarien, Serbien, die Türkei, sehr heftige wirtschaftliche Krisen hereingebrochen. Die Handelsbilanz dieser Länder beruht auf ihrer Getreideausfuhr. Stodt diese Ausfuhr, so wird alsbald auch die Einfuhr in Mitleidenschaft gezogen, und die geschäftliche Krise ist da. Man hegt in den genannten Staaten begründete Besorgnisse für die gesammte Volkswirtschaft, falls die Getreidepreise auf dem Weltmarkt sich nicht nachhaltig bessern.

Die wissenschaftlichen Rathgeber unserer Agrarier sehen nun selbst schon ein — und der Antrag Ranitz im deutschen Reichstage ist dafür ein recht jungerhafter Beweis — daß der landwirtschaftlichen Noth nur auf socialistische Weise zu helfen ist.

Über ihren Junkerocialismus und das, was von socialdemokratischem Standpunkte dazu zu sagen ist, sprechen wir uns, wie gesagt, in einem unserer nächsten Artikel des eingehenderen an.

### Politische Rundschau.

Den Bismarckschwärmern, die ihren „Heros“ zum „Gründer des Deutschen Reiches“ heapein, der seine ganze politische Thätigkeit von Anbeginn derselben an planmäßig auf Erreichung dieses Ziels gerichtet habe, wirft die Berliner „Volkzeitung“ ein Bruchstück einer alten Rede Bismarcks in den Weg, welche die ganze Verlogenheit des national-liberal-amfemittischen Mythus über die Bismarck'sche Reichsgründung darthut. Die Rede wurde von dem Junker Bismarck am 6. September 1849 in der preussischen zweiten Kammer gehalten. Der Redner untersuchte die Ursachen, aus denen die Contre-Revolution so rasch siegreich we den konnte, wobei er folgendes allgemein-politische Glaubensbekenntnis ablegte:

„Was uns gehalten hat, war gerade das speci-fische Preussenthum. Es war der Geist des verfeinerten Staatspreussenthums, der die Revolution überdauert hatte, die preussische Armee, der preussische Schatz, die Früchte langjähriger intelligenter preussischer Verwaltung und die lebendige Wechselwirkung, die in Preußen zwischen König und Volk besteht. Es war die Anhänglichkeit der preussischen Bevölkerung an die angestammte Dynastie, es waren die alten preussischen Tugenden von Ehre, Treue, Gehorsam und die Tapferkeit, welche die Armee, von deren Knochenbau, dem Offiziercorps, ausgehend, bis zu den jüngsten Rekruten durchziehen. Die Armee hegt keine dreijährigen Begeisterungen, in ihr werden Sie ebenjowemo, als in dem übrigen preussischen Volke, das Bedürfnis einer nationalen Wiedergeburt finden. Sie sind zufrieden mit dem Namen Preußen. Diese Schaa-ren, sie folgen dem schwarz-weißen Banner, nicht dem dreifarbigem, unter dem schwarz-weißen sterben sie mit Freuden für ihr Vaterland. Das dreifarbige haben

sie seit dem 18. März als Felszeichen ihrer Gegner kennen gelernt. Unter ihnen sind die Töne des Preußenliebes, des Dessauer und des Hohensriedeberger Marsches wohl gekannt und gekiebt, aber ich habe noch keinen preussischen Soldaten singen hören: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ Das Volk, aus dem diese Armee hervorgegangen ist, dessen wahrhafter Re-präsentant diese Armee ist, nach dem schönen und richtigen Ausdruck des Präsidenten der ersten Kammer, hat kein Bedürfnis, sein preussisches Königthum verschwimmen zu sehen in der faulen Gährung sabbdeutscher Zuchtlosigkeit. Seine Treue haftet nicht an einem papiernen Reichs-Vorstand, nicht an einem Sechstel Fürstenrath, sie haftet an dem lebendigen und treuen Könige von Preußen, dem Erben seiner Väter. Dieses Volk, meine Herren, was es will, das wollen wir auch mit ihm. Alle Redner, welche ich gehört habe, wollen es nur auf verschiedenem Wege. Wir alle wollen, daß der preussische Adler seine Fittige von der Remel bis zum Donnersberge schüpfend und herrschend ausbreite, aber frei wollen wir ihn leben, nicht gefesselt durch einen neuen Regensburger Reichstag und nicht gestützt an den Hüfeln von jener gleichmachenden Heden-scheere aus Frankfurt, von der wir sehr wohl uns er-innern, daß sie erst in Gotha zu einem Instrumente umgeschmiedet wurde, während sie wenige Wochen vor-her in Frankfurt als drohende Waffe gegen das Preussenthum und gegen die Verordnungen unseres Königs geschwungen worden ist. Preußen sind wir und Preußen wollen wir bleiben; ich weiß, daß ich mit diesen Worten das Bekenntnis der preussischen Armee, das Bekenntnis der Mehrzahl meiner Landsleute ausspreche, und hoffe ich zu Gott, daß wir auch noch lange Preußen bleiben wollen, wenn dieses Stück Papier vergessen sein wird, wie ein dürres Herbstblatt.“

Die in so manchen anderen Dingen, hat der Junker Bismarck hier eine geradezu unverständliche Unkenntnis der damals auch im preussischen Volke lebenden Gedankenwelt bekundet. Die Einheit war Bismarck niemals Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Preußen sollte nicht in Deutschland, vielmehr Deutschland in Preußen aufgehen.

Der „Alte Fritz“ und die Umsturz-vorlage. Nach dem neuesten Muster deutscher Gesetzgebungskunst wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestrast, wer ein Verbrechen oder ein Vergehen „anpreist oder als erlaubt darstellt.“ Nach diesem Paragraphen wird es auch dem „Alten Fritz“ an den Kragen gehen. Denn dieser preussische König schrieb einst in einem Brief das folgende:

„Wenn ich indess eine Familie von allen Mitteln entblüdt fände, so ginge ich in dem ärmlichen Zustande, den Sie sich selbst so würde ich ohne Zögern behaupten, daß der Diebstahl ihr erlaubt wäre, 1. weil sie überall ab-gewiesen werden kann; 2. weil es ein weit größeres Verbrechen wäre, sich und Frau und Kinder vor Hunger und Kälte zu lassen, als einem etwas von seinem Lebensunterhalte zu nehmen; 3. weil die Abtötung eines solchen Verbrechens ungemüßlich und die Abtötung unethisch nothwendig wäre. Ich bin auch überzeugt, daß kein Tribunal nach Ermittelung dieser Thatfachen einen Dieb verurtheilen werde. Die Bande der Gesellschaft gründen sich auf gegenseitigen Gehorsam; besteht sie aber aus hart-

herzigen Geelen, so zerreißen alle Bande und der Naturzustand tritt ein, in welchem das Recht des Stärkeren alles entscheidet.“

Nach dem damaligen Stande der preussischen Gesetzgebung mochte der König ja recht haben, daß in einem solchen Fall kein Tribunal den Dieb verurtheilen würde. In unseren Tagen, nach Verlauf von anderthalb Jahrhunderten, ist dies schon öfters vorgekommen. Jedenfalls aber würde der „Alte Fritz“ wegen der obigen Auslassungen heute selber bestrast werden müssen, und zwar auf Grund des „Umsturzgesetzes“, weil er Verbrechen als erlaubt dargestellt hat. — Die Civilisation geht eben vorwärts, und die Weltgeschichte hat Ironie.

— Reichssteuer- und Zolleinnahmen. Nach vorläufiger Feststellung haben die Bundesstaaten für das erste bis dritte Quartal 1894/95 an die Reichs-kasse abzuführen an Zöllen 260,676,244 Mark, an Tabaksteuer 9,222,493 Mk., an Zucksteuer 60,614,797 Mark, an Salzsteuer 31,127,144 Mark, an Brannt-weinsteuer: an Maltschottisch- und Branntweinmaterial-steuer 10,574,529 Mark, an Verbrauchsabgabe und Zuschlag dazu 76,064,938 Mark, an Brausteuern und Uebergangsabgabe von Bier — mit Ausnahme von Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen — 18,726,608 Mark, zusammen 467,009,605 Mark. Für die ersten beiden Quartale sind bereits abgeführt 300,969,320 Mark, so daß für das dritte Quartal noch 166,040,285 Mark abzuführen bleiben.

— Vom preussischen Staatsrath. Ueber die Sitzung vom 19. d. M. wird mitgetheilt, daß der Staatsrath seine Berathung über die „Maßnahmen zur Sechshaftmachung der ländlichen Arbeiterbevölkerung, insbesondere in den östlichen Provinzen,“ nach der Pause fortsetzte und sie durch Annahme folgenden Beschlusses erledigte: „Es erscheint nothwendig: 1. bei Aus-führung der Gesetze vom 27. Juni 1890 und 7. Juli 1891 in erster Linie die Begründung von leistungsfähigen Gemeinden ins Auge zu fassen, 2. zu diesem Behuf staatliche Fonds zur Verfügung zu stellen, aus welchen die Kosten der Aufzucht und der Einrich-tung der Gemeinde, Kirchen- und Schulverhältnisse ohne Heranziehung der Neusiedler bestritten werden, 3. seitens des Staats die Gewährung des sogen. Zwischencredits behufs Regelung der Schulverhältnisse des zu zer-legenden Grundstücks sowie der erstmaligen Einrichtung der Rentenstellen zu bewirken, 4. im Interesse der Schaffung eines sechshaften ländlichen Arbeiterstandes die Anwendung des Gesetzes vom 7. Juli 1891 auch auf kleine, nicht selbständige Stellen zuzulassen und hierbei, sofern solche Stellen nicht im Gemeindeverband der neu zu bildenden Ansiedlergemeinden, sondern in älteren Gemeinden oder Gutsbezirken ausgelegt werden, dem Rentenguts-Ausleger die ad 2 bezeichneten Ein-richtungskosten in geeigneter Form aufzuerlegen.“ — In der Sitzung vom 20. März gelangte Punkt 5 der Tagesordnung: „Maßnahmen auf dem Gebiete der Creditororganisation“ zur Verhandlung. Bei Beginn der Pause war die Discussion noch nicht abgeschlossen.

— Zu dem überraschenden Ausgang der Reichstagswahl in Schwenge-Schmalkalden be-merkt die „Frankf. Ztg.“ u. A.:

Am 12. September. — Ich komme aus einer großen Wählerversammlung, in der die drei Candidaten sprechen sollten. Unterbrechungen, Zwischenrufe, Schimpf-worte, bestialisches Geschrei, betäubender Lärm bildeten das Gepräge derselben, so daß man sich in die Deputirtenkammer verlegt glauben konnte. Herr von Serretz und Herr Philippeaux konnten wenigstens zwischen zwei Scandalexplosionen einige Sätze hintereinander sprechen. Ihre Sölbnerbanden hielten sich dabei gegenseitig in Schach. Aber als Jacques Denis, der Arbeiter, auch sprechen wollte, wie vereinigten da die beiden Banden ihre Anstrengungen, so daß die An-hänger des Redners eine kleine Minorität bildeten. Kaum konnte man hier und da einige Worte verstehen. Furchterliches Geschrei zerhackte seine Rede in lauter kleine Fetzen. Lange Kämpfe der Mann so vergeblich, ohne durchbringen zu können. Dann verließ er die Tribune mit verächtlichem, bitterem Lächeln.

Ich ging mit einem alten Bauern nach Hause, den ich kannte und den ich in der Versammlung be-gegnete. „Aha, Vater Jean, was sagt Ihr denn zu alledem?“ sprach ich zu ihm. „Fragen Sie mich nicht danach, Herr, mir ist der Kopf noch ganz benommen! Siegt in solchem Schmal überhaupt Sinn und Verstand? Man hätte dem Bürger lieber zuhören sollen, dann wäre die Sache schneller zu Ende gekommen. Ich be-dauere ihn nicht etwa, nicht im mindesten! Er hat nichts weiter verdient. Was fällt ihm denn ein, als Candidat aufzutreten? Er ist ein Arbeiter aus der Stadt, der gar keine Bildung hat, der schließlich nicht

mehr ist wie irgendeiner und auch auf keinen Fall mehr weiß!“

Die unvernünftige Mißtrauen gegen Leute aus ihrem Stande habe ich bei Bauern sehr oft gefunden.

„Ihr werdet dann also nicht für ihn stimmen?“

„Wie soll ich, Herr, ich weiß von seinem ganzen Socialismus gar nichts. Aber das will nichts beweisen, man verachtet uns, daß es etwas Schreckliches sein soll!“

„Ich wollte noch einen Versuch machen. Ich sprach erst von etwas Anderem und sagte dann plötzlich: „Wie alt seid Ihr, Vater Jean?“

„Fortwährend 70 Jahre, Herr.“

„Wie viel Jahre arbeitet Ihr nun schon?“

„Ich glaube, es werden bald fünfzig Jahre sein.“

„Und Ihr arbeitet immer noch?“

„Ich mag wohl. Wer sollte mich denn ernähren?“

„Des weiß ich nicht; aber wir meinen, Ihr hättet ein Recht darauf, Euch zur Ruhe zu setzen, von Euren Renten zu leben, eine Pension zu beziehen, wie der alte Herr, Euer Nachbar, der dreißig Jahre Beamter im Ministerium war.“

Der alte Bauer betrachtete mich argwöhnlich.

„Ihr wollt mich wohl hängen, Herr.“

„Aber nein, Vater Jean, ich habe, daß das ganz in der Ordnung wäre. Wozu Ihr nicht auch?“

„D, und oh, Herr; aber da es unmöglich ist, sollte man lieber gar nicht davon sprechen.“

„Fünf und fünfzig Francs, Herr, was sehr drückend ist, wenn man schon so nicht weiß, wie man auskommen soll.“

Wir gingen gerade an einem Schloß vorbei, das von einem herrlichen Park umgeben war, der mindestens 100 Morgen umfassen mochte.

„Was würdet Ihr sagen, Vater Jean, wenn man Euch den Vorschlag machte: Ihr sollt fortan nur fünf Francs Steuern bezahlen, aber der Besitzer dieses Parks, der 200,000 Livres Rente besitzt, müßte anstatt 1000 Francs 10,000 bezahlen. Dann könnte er immer noch 190,000 Francs im Jahre ausgeben. Das ist eine hübsche Summe, und er wird dabei nicht allzu sehr zu bebauern sein! Findet Ihr nicht auch, daß es gerade kein Unglück wäre, wenn die Armen weniger arm und die Reichen weniger reich wären?“

„Ach, Herr, das wäre zu schön! Aber warum machen Sie mir erst den Mund wässrig?“

„Um nichts, Vater Jean, ich wollte nur wissen, wie Ihr darüber denkt.“

Ich mußte lachen und verließ den braven Mann, den meine Fragen zu beruhigen schienen. Dennoch ahnte er recht, daß er sieben zwei Artikel desselben socialistischen Programms, das er verabscheute, gebilligt hatte: Altersrentenkassen und die progressive Steuer.

Ich bin der Meinung, daß an dem Tage, wo die Bauern und die Arbeiter sich verstehen, das bürgerliche System im Vertheiden ist.

(Fortsetzung folgt.)



Nun hat aber Strauß noch etwa 1000 Stimmen über diese Ziffer erhalten. Woher kommen die? Bleibt keine andere Antwort, als: Auch aus dem freisinnigen Lager sind Wähler in größerer Anzahl zu den Antifemiten übergegangen, was sich ziffermäßig leicht nachweisen läßt. Die Zahl der freisinnigen Stimmen belief sich am 28. Februar auf 3400, der Zuwachs, den die socialdemokratischen Stimmen erhielten, beträgt rund 1300; von den 2000, die übrig bleiben, muß die größere Zahl für Strauß abgegeben worden sein. Darauf konnte man um so weniger gefaßt sein, als der Candidat der Freisinnigen, Professor Stengel-Marburg, für die Wahl des socialistischen Candidaten mit Schrift und Wort energisch eingetreten war und bis zur letzten Stunde gegen den Antifemiten gekämpft hatte. ... Ohne Zweifel werden die Antifemiten triumphierend darauf hinweisen, daß auch der Freisinn seiner Leute ihnen gegenüber nicht mehr Herr ist. Sie haben ein Recht dazu, das sich nach dem Ausgang dieser Wahl nicht bestreiten läßt. Auf freisinniger Seite wird man gut daran thun, endlich zu prüfen, wo der Grund eines derartigen Abfalls zu suchen und wie ihm Einhalt zu thun ist. Diese Prüfung kann nur auf's Neue zeigen, daß die Wähler mehr und mehr ihre Entscheidung nach wirtschaftspolitischen Erwägungen treffen und daß sie sich dabei auf die Seite neigen, die zu den wirtschaftlichen Fragen mit einem positiven Programm feste Stellung genommen hat, mag ihnen auch dieser oder jener Punkt des Programms nicht zusagen. Hier ist von Seiten des Freisinns viel veräußert worden; bleibt die Abhilfe aus, so werden weitere Sectionen die bittere Lehre verschärft, die sich aus der Wahl in Schwaben-Schmalbalden ergeben hat.

Da wird eben keine Strafpredigt und keine noch beachtenswerthe Warnung und Abmahnung helfen. Dem unglückseligen Bürgerthum steht der Stempel des Todes an der Stirn, die Herren werden untergehen in der einen großen reactionären Masse, die dem Siege der Socialdemokratie entgegensteht und nur ein kleines, versprengtes Häuflein, dessen echt demokratisches Bewußtsein mächtiger als wie sein Klasseninstinkt ist, wird sich endlich zur Socialdemokratie schlagen. So ist es, und es ist nicht schade darum, daß es eben so ist und wir sind weit entfernt, uns darüber zu entrüsten.

Der Prozeß gegen den Kanzler Leiß, der am 6. April noch einmal vor dem Disciplinarhof der Revisionsinstanz Vortrag über die von ihm in Afrika angewandte Zwangsstrafmethode halten wird, wiewohl das „Leipziger Tageblatt“ mittheilt, unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Wenn dies wahr ist, dann scheint ja das Gericht die Schweinereien des früheren deutschen Kanzlers in Afrika für so kolossal zu halten, daß durch das Bekanntwerden derselben die öffentliche Sittlichkeit gefährdet werden könnte. Da aber die Leiß'schen Schweinereien doch einmal bekannt sind und das Potsdamer Urtheil dem öffentlichen Rechtsbewußtsein etwas gar zu heftig ins Gesicht geschlagen hatte, so wäre es doch vielleicht ganz gut, die Verhandlungen in Leipzig öffentlich stattfinden zu lassen, damit sich jedermann davon überzeugen könne, daß auch gegen hohe Staatsbeamte mit derselben Strenge vorgegangen wird, wie etwa gegen angeklagte Socialdemokraten.

In Oesterreich hat das jüngste furchtbare Grubenunglück wieder schöne Gelegenheit gegeben, der Welt erzhertzogliche Menschenliebe zu zeigen. Der Erbe der erzhertzoglich Albrecht'schen Kohlengruben in Karwin, Erzherzog Friedrich, hat befohlen, jeder Witwe der letzten Opfer von Karwin hundert Gulden auszuzahlen und doppelte Pension zu versprechen. Dreiundfünfzig Bergleute sind todt — mit einigen tausend Gulden Almosen wird Blut, Gesundheit und Leben doch reichlich aufgewogen sein. Die besondere Ausgabe wird aber bald wieder hereingebracht sein, da der mörderische Schacht binnen einer Woche wieder in Ordnung sein dürfte, wie der Telegraph tröstend verkündet. Dreiundfünfzig Tote, neunzehn Wittwen, zweiundfünfzig Waisen — das ist die Bilanz des jüngsten Unglückstages, leider noch lange nicht des letzten. Je weiter die Untersuchung vorrückt, je mehr Umstände bekannt werden, desto klarer wird, trotzdem gerade in diesem Falle amtlich nur mit größter Reserve gesprochen wird, daß hier keineswegs ein Unglück vorliegt, das nicht zu verhindern war. Im Gegentheil, schon spricht man davon, daß die Commission umfassende Reformen für nothwendig erkläre. Für die 50 Proletarier, die heute begraben wurden, werden diese Reformen etwas zu spät kommen. Es scheint, daß die Warnung, die die Katastrophe vom 14. Juni nahelegte, nicht genügte; der Franziska'schacht des Grafen Barisch ist nur durch eine wenige Meter starke Kohlenwand getrennt vom Hohenegger-Schachte, dem Schauplatz der heutigen Katastrophe, und beide Schächte bieten ganz gleiche Verhältnisse. Derselbe Unglücksfall kostete im Juni 231 und nun abermals 53 Menschenleben. Es stellt sich heraus, daß die Annahme, die Explosion sei durch unvorsichtiges Gebahren des Schaufmannes Rossibel mit den Dynamitpatronen entstanden, nicht aufrecht zu halten ist. Die Leiche des Rossibel

wurde nämlich unverfehrt aufgefunden. Dadurch verstärkt sich der Verdacht, daß ungenügende Ventilation die Ursache und vielleicht eine fehlerhafte Grubenlampe der Anlaß der Explosion ist.

Die italienische Amnestie ist eine erbärmliche Komödie Crispi's, und des Hofes von Umberto wirklich. Ueber dieselbe wird aus Mailand geschrieben: Raffinirt ausgesucht, um dem Volke Sand in die Augen zu streuen, hebt sie keine von der himmel-schreienden Ungerechtigkeiten auf, durch die das Königreich Italien in den anderthalb Jahren sein Andenken geschändet hat. Welch ein Unterschied ist es, ob der gemarterte De Felice 18 Jahre oder nur 12 Jahre im Zuchthaus zu Volterra zu schmachten hat; er wird nicht den dritten Theil dieser ihm durch die Gnade des Königs Umberto gebliebenen 12 Jahre Zuchthaus überleben. Oder was verschlägt es, ob Bernardino Verri 16 Jahre oder nur 11 Jahre im Zuchthaus zu Paliano bleibt, oder Garibaldi Bosco 12 Jahre oder nur acht Jahre im Zuchthaus zu San Geminiano? Und ebenso Nicolo Barbato und G. Montalto und N. Petrina 12 und 10 Jahre oder nur 8 und 7? So schamlos ist die Heuchelei dieser Amnestie, daß, als die Nachricht davon nach Catania, dem Wahlort De Felice's, und nach Palermo, dem Wahlort Bosco's, kam, die erregte Volksmenge, die sich vor den Redactionen der „Unione“ in Catania und des soeben neu erschienenen socialistischen Wochenblattes „La Riscossa“ („Die Wiedergewinnung“) in Palermo angesammelt hatte, nicht mehr rief: Abasso Crispi! Nieder mit Crispi! sondern ganz etwas anderes und mehr, so daß die Carabinieri Verhaftungen vornahmen. Die bürgerlich radicalen Blätter, die telegraphisch diese Nachricht aus Sicilien bringen, deuten den Ruf des Volkes nur mit Punkten an. So geht das Haus Savoyen seinem ihm von Mazzini prophezeiten Schicksal sichtbarlich und freudig entgegen. Der König hat Crispi bei der Gratulationscour auf's neue öffentlich umarmt und geküßt und für seinen besten, edelsten Freund erklärt. — In einem früheren Berichte hieß es, daß aus Angst vor Giolitti noch un veröffentlichten neuen Enthüllungen der Mensch, der das Wort Furcht nicht kennt, Commissionäre, darunter einen Herrn Roux geschickt habe, um mit Giolitti zu unterhandeln. Heute wird dies in einem soeben veröffentlichten Briefe von Cavallotti nicht nur bekämpft, sondern der Brief theilt auch die ergötzliche Thatsache mit, daß Crispi an ihn, Cavallotti selbst, Unterhändler gesandt habe, damit er nur von der Moral schweige, von allem anderen in der Politik könne er reden! Cavallotti erwidert in dem Briefe, er habe nicht behalß 20 Jahre als Volksvertreter der Freiheit gebient unter fortwährenden Kämpfen gegen die einbrechende und herrschende Corruption, damit er mit einem Renegaten und entlarvten Bankdieb über Moral unterhandle. — In einem zweiten Briefe an den Dichter Carducci theilt Cavallotti die unsagbar rohe, von thierischer Rachsucht eingegebene Aeußerung mit, die Crispi in diesen jüngsten Tagen zu einem hochgestellten Sicilianer, einem Fürsten S., that, der ihn über die Erkrankung De Felices interpellirte. Die Worte lauten zu deutsch: „Dieser Cagliostro De Felice hat auf der Galeere zu sterben, und der widerwärtige Colajanni im Irrenhause!“ Diese Worte bilden heute den Gegenstand vieler Zeitartikel und sie beleuchten grell die Amnestie, die Cavallotti selbst einen Hohn auf die Menschlichkeit nennt. — Der Minister des Innern hat an sämtliche Polizeipräfecturen einen Erlass veröffentlicht, wonach die oberen Polizeibehörden verpflichtet sind und streng ermahnt werden, die von den Justizcommissionen für den Zwangswohnort mehrfach freigesprochenen Socialisten sorgsam zu überwachen, denn sie seien, trotzdem sie freigesprochen wären, wegen ihrer socialistischen Doctrinen als gemeingefährlich anzusehen! So beschaffen ist die Justiz unter Crispi-Umberto im Jahre 1895. — Der Professor der Chirurgie Durante von der Universitätsklinik in Rom hat an De Felice in Volterra eine gefährliche Operation ausgeführt. Die Nachwirkung ist ungewiß; der Patient liegt schwer krank darnieder. — In Neapel ist der verurtheilte Merlino, der ein geborener Neapolitaner ist, als Candidat für die Parlamentswahlen aufgestellt worden.

Die belgische Arbeiterpartei und die Gemeindevahlen. Gegen die Regierungsvorlage, welche das allgemeine Wahlrecht bei den Gemeindevahlen ausschließt, ist die Agitation in vollem Gange. Die Brüsseler Arbeiter haben ein Manifest erlassen, in dem das Gemeinde-Wahlgesetz als eine Herausforderung der Arbeiter bezeichnet wird. Es heißt in der Rundgebung u. A.: „Die Kammersectionen haben das allgemeine Wahlrecht verworfen, um sich der reactionären Regierungsvorlage anzuschließen, welche allen Bürgern von 21 bis 30 Jahren das Wahlrecht nimmt, zahl-

reiche Arbeiter durch die Forderung eines dreijährigen Wohnsitzes vom Wahlrecht ausschließt und neue Rechte den Genuswahlern bewilligt. Arbeiter! Das allgemeine Wahlrecht ist in Gefahr! Die Regierung, erschreckt durch die Fortschritte des Socialismus, aus Furcht vor dem Eintritte der Erwählten des Volkes in die Rathhäuser und Gemeindevahlen ist entschlossen, seine von den Liberal-Demokraten unterstützte conservative Mehrheit dazu auszunutzen, um einen Anschlag gegen das allgemeine Wahlrecht auszuführen, welches Ihr durch den Aprilausstand erreicht habt. Sie weiß, daß der Eintritt der Erwählten der Arbeiterklasse in die Gemeinderathe die ernste Aufsicht über die öffentlichen Gelder, das Ende der fahrlässigen, verschwenderischen Verwaltung bedeutet. Arbeiter! Das von der Regierung vorgeschlagene Gesetz ist gegen Euch und die Armen unter Euch gerichtet. Auf dieses Parteigesetz, auf diese Kriegserklärung werdet Ihr durch entschlossene Einsprüche, durch hartnäckigen Widerstand zu antworten wissen. Erhebt Euch Arbeiter! Der 18. April hat Euch zu Bürgern des Landes gemacht! Ihr werdet Euch weder entreißen, noch kürzen lassen Eure so heldenmüthig errungenen politischen Rechte! Erhebt Euch zum Widerstande gegen die Untriebe der Regierung! Erhebt Euch zum Kampfe bis auf's Aeußerste!“

In den Kreisen der Regierung und der herrschenden Parteien zeigt sich denn auch lebhafte Besorgniß, um so mehr, als man des Heeres durchaus nicht sicher ist. Aus Brüssel schreibt der Correspondent der „Voss. Ztg.“: „Es ist bekannt, daß die belgische Socialistenpartei schon seit Jahren die in die Armeen eintretenden Rekruten und Militärsoldaten planmäßig socialistisch bearbeitet und in der Armee selbst eine rührige socialistische Propaganda unterhält und daß diese Wähleret trotz aller Strenge und Vorsicht der Militärbehörden nicht geringe Erfolge erzielt hat, da die ganze Armee nur aus Söhnen von Arbeitern und Bauern besteht. Man hat in den letzten zwei Jahren in Tournai, Mecheln und anderen Orten socialistische Soldatenvereine entdeckt; ganze Regimenter mußten bei dem Generalausstande von 1893 in den Kasernen verbleiben, weil ihre Obersten deren Zuverlässigkeit bezweifelten; unter dem Gefange der „Marcellaise“ zogen einberufene Militärlasten in die Kasernen ein und die Verhandlungen vor den Kriegsgerichten haben, ganz abgesehen von bedrohlichen Vorgängen in einzelnen Kasernen, gezeigt, daß die socialistischen Wühlereien in der Armee arg um sich gegriffen haben und nicht ohne Erfolg geblieben sind. Gegenwärtig wird lebhaft in Belgien die Frage erörtert, ob die Armee bei dem beginnenden Kampfe um die Volksrechte auf Seiten der Regierung und der Bourgeoisie stehen oder zum Volke überschwenken wird. Schon, daß diese Frage erörtert werden kann, ist für die Sachlage bezeichnend. Die socialistische Presse erklärt rundweg einmüthig: „Nein, die Armee wird nicht der Reaction dienen; aus dem Volke hervorgegangen wird sie ihrer Klasse treu bleiben!“ Im belgischen Senate selbst hat der socialistische Senator Advocat Picard vorgestern ganz ungenirt erklärt, daß die Regierung und die Bourgeoisie sich bitter täuschen werden, wenn sie auf die Zuverlässigkeit der Armee rechnen. Der Kriegsminister General Brajäne wies diese Verdächtigung sofort zurück, und versicherte, daß die Armee ihre Schuldigkeit thun wird. In wie weit diese Versicherung des Kriegsministers berechtigt ist, sei dahingestellt, haben doch seine eigenen Organe erst vor wenigen Tagen erklärt, daß der Socialismus in der Armee erschrecklich um sich greife, die Armee unzuverlässig sei, und nur der Eintritt der Bourgeoisie in das Heer Wandel schaffen könne. Daß aber in der That der Kriegsminister selbst nichts weniger als beruhigt ist, beweist sein heute von dem Socialistenblatte „Le Peuple“ veröffentlichtes Rundschreiben an alle Platzbefehlshaber, in welchem diese aufgefordert werden, über folgende sechs Punkte Auskunft zu geben: 1. die socialistische Propaganda in der Armee, 2. die Urheber dieser Propaganda, 3. ihre Ergebnisse, 4. die Zahl der des Socialismus verdächtigen Soldaten, 5. das Vorhandensein socialistischer Gruppierungen in der Armee, 6. die zur Bekämpfung der socialistischen Propaganda angewendeten Mittel. Der Minister ordnet neue Maßnahmen zur Unterdrückung dieser Propaganda, die Bestrafung ihrer der Armee angehörigen Anführer und strenge Ueberwachung der socialistisch gestuften Soldaten an.

Weiter wird aus Brüssel gemeldet: Auf Anweisung des Ministeriums haben die Bezirkscommissarien bei allen Bürgermeistern angefragt, ob bei einem Aufstandsausbruch oder bei Unruhen, die etwa in Folge der Angliederung des Congoanthes oder nach Annahme des Wahlgesetzes ausbrechen könnten, die Regierung auf die Bürgergarde rechnen könne. — Das Feuer erennt den Herren esse gar stark auf den Fingern.



# Zur

# Confirmation

Complete Anzüge in allen Stoffarten und nur reeller Ausführung empfehle ich billiger als Ueberall.  
**Eduard Freund**  
 57, Meuschestraße 57, Ede Hinterhäuser.

Empfehle meine angenehmen **Restaurations-Localitäten** einer geneigten Beachtung.  
 Heute Sonnabend: 3457  
**Wurstabendbrot.**  
**W. Menzel,**  
 4 Andersjahnstraße 4.

**Sozialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.**  
 In nachstehend verzeichneten Localen werden regelmäßig jeden **Sonnabend Abend von 8 1/2 Uhr ab Vereinsbeiträge** erhoben:  
**Nenzel, Andersjahnstraße 4.**  
**Elsner, Kleine Scheitnigerstraße 57, Ede Hirschstraße, Edlich, Neumarkt 8 (3 Lauben), Jänsch Brauerei, Heinrichstraße.**  
 Die am Montag im Vereinslokale stattfindenden **Kassenabende** bleiben ebenfalls bestehen.  
**Der Vorstand.**

**Fabrik von Arbeitersachen**  
 Spezialität. **Arbeitschossen.**  
**E. Liedecke, Stodgasse Nr. 30.**  
 En gros. 2476 En détail.

## Farin

Beste, weiße, Pfd. 21 Pfg.  
**Kaffee, Carlsbader Mischung,** von gutem Aroma, vorzüglich Geschmack, Pfd. 1,60 Mk. 3500  
 andere Sorten v. Pfd. 1,20—1,80 Mk.  
**Cacaopulver,** leicht löslich, von köstlichem Geschmack, Pfd. 1,50 Mk.  
**Wienergries,** Pfd. 14 Pfg.  
 Granen per Pfd. von 10 Pfg. an.  
**Beste Koch-Erbien,** per Pfd. 10 Pfg.  
**Junge eingelegte Schnittbohnen** per 1 2 3 4 u. 5 Pfd.-Pflüchle 25 33 50 65 75 Pfg.  
**Simbeer-Marmelade,** Pfd. 40 Pfg.  
**Weichen Pfäumermus,** Pfd. 18 Pfg.  
**Feinste Tafelmargarine,** Pfd. 65 Pfg.  
**Bestes Speisefett,** Pfd. 58 Pfg.  
**Cognac, Nam, sowie feine Liköre.**  
**E. Adamy, Matthiasstr. 99, Salzstraße 1.**

**Thalia-Theater.**  
 Montag, den 25. März:  
**Achte**

## Volks-Vorstellung.

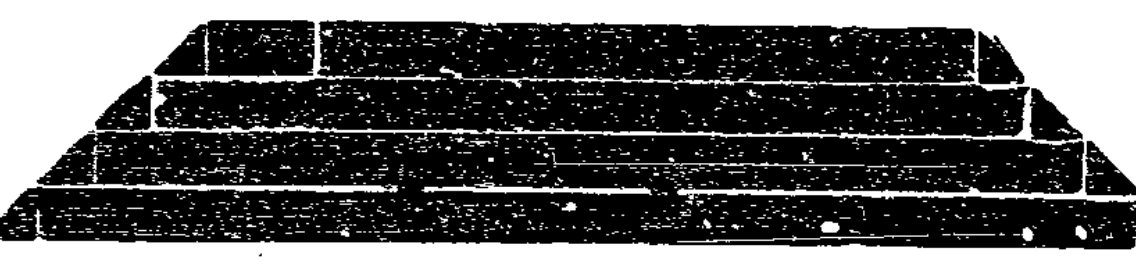
(rothe Fillets, Nr. 71)  
**„Die beiden Champagnol“**  
**Preise der Plätze: I. Rang 50 Pf., Parquet und Balcon 50 Pf., II. Rang 30 Pf., III. Rang 20 Pf., Gallerie 10 Pf.**  
 Der Billet-Verkauf findet täglich bei **A. Vogel, im Restaurant zum „weissen Hause“, Schmiedebrücke 51. V. Liepelt, Nicolaistrasse 63, A. Bergmann, Adalbertstrasse 26 II. Skowronek, Vinzenzstrasse 8 III und bei G. Weye, an den Kasernen 7b. II, und in der Expedition der „Volkswacht“, statt.**  
**Die Commission.**



**Confirmanden-Schuh u. Stiefel**  
 für Knaben und Mädchen in größter Auswahl zu billigsten Preisen.  
**Ludwig Herz**  
 Blücherplatz 4, neben der Mehren-Apothek.

**Schürzen. Hemden.**  
 Die erste Breslauer Schürzen- u. Wäsche-fabrik empfiehlt ihre Fabrikate in neuesten Façons u. besten Stoffen. Saubere Ausführung. Billigste, feste Preise.  
**13 H. Ehrlich 13**  
 Nikolaistr. 13  
**Bloujen. Wäsche.**

**Arbeiter-Turnverein.**  
 Am Sonntag, den 24. März 1895, Nachm. 4 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 in den „drei Säulen“, Neumarkt 8.  
 Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Statutenberatung. 3. Innere Angelegenheiten. Um vollständiges Erscheinen der Mitglieder bitten  
**J. A. C. Harf**  
 3604



## Confirmations-Anzüge

Cheviot, blau Satin, Kamm-Garn, Pelour, ein- und zweireihig von 8—25 Mark.  
**Paletots, Haveloks und Hohenzollern-Mäntel** in schönen aparten Mustern und feiner Abarbeitung von 10—40 Mark.  
**Jaquets, Braut- und Gesellschafts-Anzüge** in allen erdenklichen Stoffarten, tabelloser Sitz, Verarbeitung wie nach Maß von 15—40 Mark.

**Etablissement „Concordia“**  
 Margarethenstraße. 3672  
 Sonnabend, den 30. März 1895:  
**Grosse Soirée**

der Bresl. Gold- u. Silberarbeiter u. verw. Berufsgenossen bestehend in Gesang, Theater und Tanz.  
 Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
 Tanzschleifen à 50 Pf.  
 Programme à 30 Pf. sind bei den Sammelmitgliedern **Gust. Jandke, Schlegelstraße 43, III und Carl Wolf, Am Rathaus 24, III** zu haben.

**Knaben- u. Burschen-Anzüge** in elegantester Ausführung, schicke Façon, von 4—20 Mark.  
**Bestellungen nach Maß** werden in eigener Werkstatt unter Leitung geschulter Kräfte von 25 Mk. an sauber und elegant, mit den besten Zuthaten versehen, angefertigt.

**Spottbillige Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Regulatoren, Taschenuhren, Weder, Silber** kaufen Sie nur bei **Gerstel, fränk. Mehlhose, 70 Matthias-Str. 70, 3612a**

**Oeffentliche Versammlung der Rohrleger und Gehilfen.**  
 Sonntag, den 31. März von 11 bis 2 Uhr, in den 3 Säulen, Neumarkt Nr. 8.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über Organisation der Arbeiter und ihre Rechte (Referent: Paul Kühn). 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zum Gemeindefarallel. 4. Beschließung über das in Anstehendes gemeinsame Eintreten und Wahl des Referenten.  
 Zu dieser wichtigen Versammlung ist es Pflicht eines jeden Kollegen pünktlich zu erscheinen.  
**Der Einberafer.**

## Bauch-Garderobe.

Nur auf Haltbarkeit geprüfte Stoffe kommen zur Verwendung. Nicht Passendes wird bereitwilligst ohne Zahlung umgetauscht. **Streiche Reparaturen bei mir gekaufter Garderoben kostenlos.**  
**Unererschütterliche Reellität, äußerst billige, aber streng feste Preise, welche auf jedem Stück mit deutlichen Zahlen vermerkt sind.**

**! Brot!**  
 groß und schmackhaft, sowie Weiz- u. Feinwaaren liefert die Bäckerei von **Paul Zorowka, 65, Kurze-Gasse 65.**

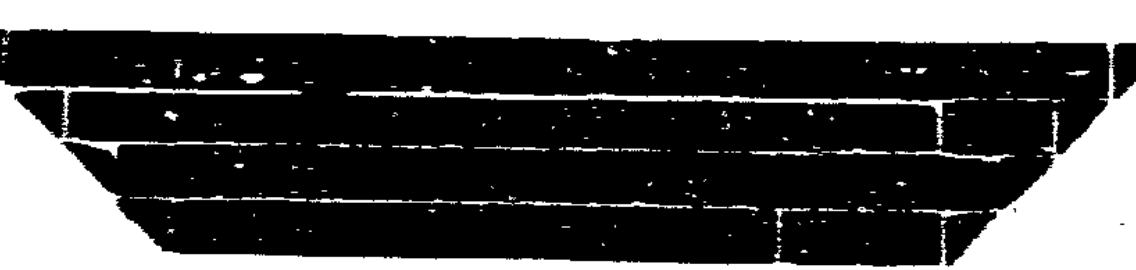
**! Bitte überzeugen Sie sich!**  
 daß nur **Neue Weltgasse 37** bei **Heinrich Danziger** die billigste Bezugsquelle von **Betten u. Bettfedern** ist! Das ganze Gebett Betten von 12 Mk. bis zu den höchsten Qualitäten. Besonders in bester Qualität zu besonders billigen Preisen. **Nur Neue Weltgasse 37 bei H. Danziger.**

## S. Hartig,

**Breslau,**  
 I. Etg. Ohlauerstrasse 84, I. Etg.,  
 I. Etg. Eingang Ecke Schuhbrücke, I. Etg.

**F. Weich, Friedrich-Wilhelmstr. 5.** Beste Bezugsquelle für Herren- u. Knaben-Garderobe. Große Auswahl, patentierte Preise. **F. Weich, Friedrich-Wilhelmstr. 5.** Anfertigung u. Wasch etc. u. billig.

**! Bitte überzeugen Sie sich!**  
 daß nur **Neue Weltgasse 37** bei **Heinrich Danziger** die billigste Bezugsquelle von **Betten u. Bettfedern** ist! Das ganze Gebett Betten von 12 Mk. bis zu den höchsten Qualitäten. Besonders in bester Qualität zu besonders billigen Preisen. **Nur Neue Weltgasse 37 bei H. Danziger.**





## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

Aus dem Reichstage. Wenn eine Debatte im Parlament besonders langweilig, weitschichtig und unfruchtbar verläuft, so ist hundert gegen eins zu wetten, daß sie sich um juristische Dinge gedreht hat. Von dieser Regel machte auch die heutige Discussion, die sich beim Etat des Reichsjustizamts entspann, keine Ausnahme. Wieder einmal trat in ihr die Unfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft zu jeder legislativen Thätigkeit grell zu Tage. Die capitalistische Entwicklung verläuft so rasch, daß ihr die modernen Gesetzmacher nicht nachkommen können. Das zeigt besonders deutlich der Inhalt des neuen bürgerlichen Gesetzbuchs, soweit er bis jetzt bekannt geworden ist. Von diesem Gesetzbuch war heute viel die Rede. Es soll nun wirklich am 1. Januar n. J. fertig vorliegen. Zwanzig Jahre lang hat die Commission diesen Stein auf den Berg zu wagen gesucht. Nun soll der Reichstag, wenn es nach den Wünschen des Herrn Staatssekretärs Nieberdingt geht, ihn in einigen Monaten festzuauern. Wir glauben nicht, daß es so kommen wird: viel eher wird der Stein den ungeübten Händen entgleiten und wieder zu Thale rollen. Von einer Ueberbürdung der Berathung, wie sie die Regierung will, kann jedenfalls keine Rede sein. Das wird unsere Fraction zu verhindern wissen, und auch die anderen Parteien scheinen wenig geneigt, Hals über Kopf in's Dunkle zu springen. Von allen Anregungen aus dem Hause zu beschiedenen Fortschritten in der Gesetzgebung, wie Erhöhung des Strafmündigkeitsalters, Einführung der bedingten Verurtheilung u. s. w. es wären, wollte Herr Nieberdingt nichts wissen, dagegen kündigte er für die nächsten Legislaturperioden einen ganzen Schwarm neuer Gesetze an. Der Eindruck, den diese Ankündigung auf das Haus machte, war, wie der Abg. Dr. Enneccerus bemerkte, „gradezu abschreckend.“ Das ist das Urtheil eines Nationalliberalen. — Am Sonnabend fällt im Reichstage die Entscheidung, ob die Volksvertretung sich am Bismarckrummel betheiltigt oder nicht.

66. Sitzung vom 21. März, 1 Uhr.

Die zweite Etatsberathung wird fortgesetzt beim Etat über den allgemeinen Pensionsfonds. Abg. v. Schoening (cons.) dankt dem Kriegsminister für das Wohlwollen, das er nach Zeitungsmeldungen seinen vorjährigen Anregungen auf Bewilligung einer besseren Pension an die Kriegsinvaliden. Abgg. Dr. Bachnick, Riebert (freif. Verein.), Beckh (freif. Volksp.) und v. Gültlingen (Reichsp.) bekräftigen, daß zugleich mit der in Aussicht gestellten Novelle zum Pensionsgesetz auch etwas für die Militärbeamten geschehe. Generallieutenant v. Spitz erwidert, die Militärverwaltung werde die Anregung in Erwägung nehmen. Der Etat wird darauf bewilligt. Der Etat des Reichs-Invalidenfonds gelangt ohne Discussion zur Annahme. Es folgt der Etat des Reichs-Justizamts. Beim Titel „Staatssekretär“ bittet Abg. Baffermann (natl.) um Auskunft über den Stand der Arbeiten der mit der Vorberathung des bürgerlichen Gesetzbuchs beauftragten Commission und fragt an, ob Vorbereitungen zu einem neuen Gesetz über die Bestrafung verwahrloster Kinder gesehen, indem er eine Heraushebung der Grenze der Strafmündigkeit von 12 auf 14 Jahre empfiehlt. Für eine solche hätten sich hervorragende Criminalisten mit aller Entschiedenheit ausgesprochen. Vielleicht sei auch eine Aenderung der Vormundschaftsordnung angebracht.

Staatssekretär Nieberdingt: Ich kann den letzten Ausführungen des Vorredners nur beipflichten, ohne indeß einen bestimmten Zeitpunkt angeben zu können, an welchem das Reichsgesetzgebungsamt vorgehen können. Es sind dabei äußerst schwierige Fragen zu lösen, und allein die Ueberwindung der Vorurtheile der Vormundschaftsordnung über die Zwangsverziehung wird auf große Schwierigkeiten stoßen. Ueber die Aenderung der Grenze der Strafmündigkeit verwahrloster Kinder hat die Justizverwaltung Erwägungen angestellt. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß unter den Fachleuten die Ansichten schwanken, ob sich eine Heraushebung oder eine Herabsetzung empfiehlt. Jedenfalls dürfte eine Vorlage auch darüber nicht so bald zu erwarten sein. Bezüglich des bürgerlichen Gesetzbuchs bin ich in der angenehmen Lage, mittheilen zu können, daß sich meine vorjährigen Hoffnungen durchaus bestätigt haben. Die Commission hat inzwischen das vierte Buch fertiggestellt, und bald nach Ostern dürfte Ihnen auch das letzte, das Erbrecht betreffend, zugestellt werden. Die Commission hätte dann nur noch eine letzte Revision des ganzen Textes vorzunehmen, um die nötige Uebereinstimmung zu erzielen. Bis zum October dürfte der Text fertig gestellt sein, und alsdann obliegt für die Commission noch die Feststellung des Einführungszeitpunktes. Auch diese Arbeit dürfte bis zum Abschluß des Jahres beendet sein, und damit wäre die Arbeit der Commission definitiv erledigt. Im Bundesrath und Reichstage dürfte es sich nicht empfehlen, eine nochmalige

Durchberathung aller Einzelheiten vorzunehmen; die Berathung wird vielmehr eine furorische sein müssen. Man wird sich darauf beschränken müssen zu prüfen, ob das Werk die Zustimmung des deutschen Volkes finden kann. Es handelt sich darum, ob das Gesetzbuch in halbe Gesetzeskraft erlangt oder ob es in absehbarer Zeit nicht zu Stande kommen soll. Der Bundesrath kann, wenn dieser Vorschlag gebilligt wird, die Berathung in wenigen Monaten beenden und das bürgerliche Gesetzbuch im Februar nächsten Jahres dem Reichstage zugehen lassen, so daß es von diesem in der von mir erwähnten Weise noch in der nächsten Session verabschiedet werden könnte. Man kann uns bei dieser Behandlungsweise keineswegs den Vorwurf der Ueberbürdung machen. Die einheitliche Regelung der Rechtsverhältnisse ist eine so dringende Forderung. Sie muß zunächst erfüllt werden, bevor andere ebenfalls dringliche Arbeiten in Angriff genommen werden können. Ich verweise auf die einheitliche Regelung der Zwangsverziehung in das bewegliche Vermögen, auf die einheitliche Regelung des Hypothekenrechts, auf die Regelung der Rechte der Pfandbriefgläubiger gegenüber den Bodencreditanstalten. Würde das bürgerliche Gesetzbuch in der nächsten Session erledigt, so könnten bei dem Stande der Vorarbeiten die erwähnten Gesetze dem Reichstage auch noch im nächsten Jahre zugehen. Die Revision der Civilprozessordnung, die von vielen Seiten so dringend gewünscht wird, ist aber auch von der Fertigstellung des bürgerlichen Gesetzbuchs abhängig. Wir werden in Kürze eine Commission von praktischen Juristen zur Vorberathung der Novelle berufen und es ist Hoffnung vorhanden, daß dieselbe den Reichstag in der übernächsten Session beschäftigen wird. Ebenso eine Novelle zum Handelsgesetzbuch. Weiterhin sind aber an dringenden Arbeiten noch zu erledigen eine Aenderung des Verlagsrechts und Urheberrechts, des Liquidationswesens in Erbschaftsprozessen u. s. w. Mit allen diesen Aufgaben könnte der Reichstag, wenn meine Voraussetzungen zutreffen, bis zur letzten Session der laufenden Legislaturperiode fertig werden.

Abg. v. Strombed (Centr.) beantragt folgende Resolution: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine für das Gebiet des Deutschen Reiches gemeinsame Amtsstelle einzurichten, welcher 1. von den zuständigen Behörden der Bundesstaaten hinsichtlich aufgefundenen Leichname unbekannter die zur Feststellung der Persönlichkeit dieser Verstorbenen dienlichen Mittheilungen gemacht werden müssen, und welcher 2. hinsichtlich vermisster Personen, deren Ableben (sei es in Folge von Krankheit oder Selbstmord, sei es in Folge eines Unglücksfalls oder Verbrechens) vermutet wird, die zur Ermittlung des Verbleibs solcher Personen dienlichen Mittheilungen von den zuständigen Behörden in den geeigneten Fällen gemacht werden müssen und von Privatpersonen gemacht werden können.“ — Dem Staatssekretär danke er für die Mittheilungen über das bürgerliche Gesetzbuch, müsse aber bezweifeln, daß sich dasselbe so schnell werde zur Verabschiedung bringen lassen.

Abg. Dr. Bachem (Centr.) weist auf die günstigen Erfahrungen hin, die man in Belgien mit dem System der bedingten Verurtheilung gemacht habe. Er habe sich deshalb die Gelegenheit nicht entgehen lassen wollen, zur Ventilierung dieser Frage anzuregen.

Staatssekretär Nieberdingt: Die Reichsjustizverwaltung hat die Resultate genau verfolgt, die andere Staaten mit dem System der bedingten Verurtheilung gemacht haben. Was bis jetzt vorliegt, läßt indeß ein abschließendes Urtheil nicht zu. Man muß dabei bedenken, daß sich die Verhältnisse eines kleinen Landes nicht ohne Weiteres auf Deutschland anwenden lassen. Wir werden daher vorläufig noch abwarten und weitere Beobachtungen anstellen. — Die Resolution des Abg. v. Strombed gehört meines Erachtens nicht zum Ressort der Justizverwaltung, denn sie bezieht sich auf polizeiliche Maßnahmen. Bis jetzt sind auch keinerlei ähnliche Anregungen an die Reichsregierung gelangt, die indeß gern die Angelegenheit in Erwägung nehmen wird.

Abg. Groeber (Centr.) verweist auf den von seiner Partei eingebrachten Antrag auf Abänderung der Concursordnung und beantwortet die Ausarbeitung einer Concursstatistik, und der auch über das Glaubensbekenntniß des in Concurs Gerathenen. Heute werde immer von Neuem behauptet, daß sich unter den bestrafte Bankerottireuren unüberhältnismäßig viel Jesuiten befinden. Das ließe sich durch eine ausführliche Statistik doch leicht klar stellen.

Staatssekretär Nieberdingt erklärt, der Bundesrath habe sich noch nicht entschließen können, die gewünschte umfangreiche Statistik anstellen zu lassen, da er sich nicht habe überzeugen können, daß der erwartete Zweck damit erreicht werde. Die Statistik sei aber inzwischen doch erheblich erweitert worden, und er bitte, die Erfahrungen mit dieser erweiterten Statistik abzuwarten. Ob eine Aenderung der Concursordnung nötig sei, hänge von dem Ergebnis von Erhebungen ab, die eingeleitet, aber noch nicht zum Abschluß gelangt seien. Dagegen könne er mittheilen, daß voraussichtlich in nächster Zeit der bereits veröffentlichte Gesetzentwurf zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs an den Bundesrath gelangen werde. Von der Behandlung in diesem werde es abhängen, ob der Entwurf noch in dieser Session den Reichstag beschäftigen werde.

Abg. Beckh (freif. Volksp.) hält es für unmöglich, daß das bürgerliche Gesetzbuch so schnell im Laufe werde erledigt werden können. Schon das Einführungsrecht werde zu einer eingehenden Prüfung nöthigen. Die Einführung der bedingten Verurtheilung könne er gleich dem Abg. Bachem nur durchaus befürworten, denn das System habe sich in anderen Ländern sehr gut bewährt.

Abg. Dr. Enneccerus (natl.) kommt auf die Resolution Strombed zurück, der er leider nicht beitreten könne, da sie mit der Reichsverfassung nicht im Einklang stehe. Die vom Staatssekretär gegebene Aufzählung der gesetzgeberischen Arbeiten der nächsten Session habe einen gradezu erschreckenden Eindruck auf ihn gemacht, obwohl er sich bewusst

gewesen sei, daß ein Werk, wie das bürgerliche Gesetzbuch, Aenderungen anderer Gesetze nach sich ziehen werde. Um so mehr sei es nötig, das Gesetzbuch genau zu prüfen.

Abg. v. Strombed bemerkt, seine Resolution greife in die Thätigkeit der Staatsanwaltschaft ein, und deshalb habe er sich für berechtigt gehalten, sie zum Etat der Justizverwaltung zu beantragen.

Abg. v. Salisch (cons.) wünscht eine Vereinfachung der Formulare der Standesämter.

Staatssekretär Nieberdingt erwidert, seitens der Bundesstaaten sei ein Bedürfnis zu einem Vorgehen von Reichswegen im Sinne des Vorredners nicht anerkannt worden. Er gebe demselben anheim, sich mit seiner Anregung an den preussischen Minister zu wenden, finde er dort Entgegenkommen, so würde es leichter sein, generelle Bestimmungen, die sich in Preußen bewährt, für das Reich durchzusetzen.

Abg. Spahn (Centr.) wünscht, daß dem Hause die Erfahrungen, welche in anderen Ländern mit der bedingten Verurtheilung gemacht worden seien, zugänglich gemacht würden. Was das bürgerliche Gesetzbuch betreffe, so möchte er dem Bundesrath anheimgeben, aus demselben alle religiösen Materien auszuschneiden; dadurch würde seiner Partei die Stellungnahme sehr erleichtert werden.

Staatssekretär Nieberdingt sagt die Vorlegung einer Denkschrift über die in anderen Ländern mit der bedingten Verurtheilung gemachten Erfahrungen für nächste Session zu.

Abg. Dr. Bachem bedauert, daß auch in der erweiterten Concursstatistik keine Angaben über das religiöse Bekenntniß der in Concurs Gerathenen enthalten sei, während die Criminalstatistik diese Angaben mache. Er bitte nachträglich, diese Rubrik in die Concursstatistik aufzunehmen.

Abg. Dr. Enneccerus schließt sich der Anregung des Abg. Spahn an, die religiösen Materien aus dem bürgerlichen Gesetzbuch auszuschneiden.

Damit schließt die Discussion. Der Titel wird bewilligt. Die Resolution Strombed wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten, Freisinnigen und Nationalliberalen angenommen. — Der Rest des Etats der Justizverwaltung gelangt debattelos zur Annahme.

Es folgt der Etat der Eisenbahnverwaltung.

Die Commission (Referent Abg. Dr. Hammacher) beantragt unveränderte Annahme.

Präsident des Eisenbahnamts Dr. Schulz theilt mit, daß die Aussichten auf das Zustandekommen einer Konferenz zur Neuordnung des internationalen Frachtverkehrs günstigere geworden seien.

Abg. Stolle (Soc. auf der Tribüne schwer verständlich) fragt an, warum der Verfassungsartikel noch nicht verwirklicht sei, durch welchen dem Reich die einheitliche Verwaltung und einheitliche Regelung der Tarife, vor allem im Sinne einer Tarifierhebung zur Aufgabe gemacht worden sei. Zu einer Tarifierhebung könne es aber nicht kommen, so lange das Reichseisenbahnamt genöthigt werde, möglichst hohe Einnahmen zu erzielen. Trotz der günstigen Erfahrungen anderer Länder müsse deshalb Deutschland noch auf die Einführung des Zonentarifs warten. Darunter hätten naturgemäß die ärmeren Klassen am meisten zu leiden. Redner geht auf Einzelheiten des sächsischen Tarifwesens ein, wird aber vom Präsidenten v. Levetzow mit dem Bemerkten unterbrochen, daß es sich hier nur um die Reichseisenbahnen handle, auf die Tarife anderer Bahnen habe das Reichseisenbahnamt keinen Einfluß.

Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. Schulz giebt zu, daß Art. 45 der Reichsverfassung noch nicht voll durchgeführt sei. Aber der Vorredner irre, wenn er annehme, das Reich könne für sämtliche Bahnen die Tarife festsetzen. Eine solche Competenz habe es nicht, es könne nur auf eine Vereinheitlichung der Tarife hinwirken, und das habe es stets und mit dem Erfolge gethan, daß heute bereits fast durch ganz Deutschland einheitliche Tarife bestehen. Die Folge sei vielfach auch eine Verbilligung der Tarife und ein Aufschwung im Verkehr gewesen.

Abg. Szmulka (Centr.) weist den Abg. Stolle auf die vielen Fortschritte hin, die unser Eisenbahnwesen gegenüber demjenigen anderer Länder aufzuweisen habe, auch für die Arbeiter. In keinem anderen Lande gäbe es so billige Arbeiterfahrkarten.

Abg. Dr. Bachnick (freif. Vereinig.) erkennt an, daß mit der Vereinheitlichung der Tarife auch eine Herabsetzung eingetreten sei, aber diese sei eine sehr geringe gewesen, und nun sei wieder gänzliche Stagnation eingetreten. Die Schuld dafür sei aber nicht im Reichseisenbahnamt, sondern im Kasanienwäldchen (Preussisches Finanzministerium) zu suchen.

Abg. Stolle bemerkt, von einheitlichen Tarifen könne nicht die Rede sein, dazu hätten wir viel zu viel Ausnahmetarife.

Abg. Gamp (Reichsp.) empfiehlt dem Abg. Bachnick, die mecklenburgischen Bahnen als Vertreter dieses Landes zu einem Experiment mit einer Tarifierhebung zu veranlassen, Preußen danke jedenfalls dafür.

Der Etat des Eisenbahnamts wird darauf bewilligt.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Resirende Theile des Postetats, Etats der Eisenbahnverwaltung, der Pölle und Verbrauchssteuern.)

Schluß 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

## Gegen die Tabaksteuer.

— In Frankenberg in Sachsen hat der „Tabakverein“ an den Stadtrath eine Eingabe gerichtet, in welcher die Aufmerksamkeit des Stadtrathes schon jetzt darauf hingelenkt wird, daß die Annahme des Tabakfabrikantengesetzes eine Entlassung des weitaus größten Theils sämmtlicher dortigen Cigarettenarbeiter, wenn nicht sogar eine



völlige Schließung der Fabriken auf längere Zeit zur Folge haben müßte.

In Magdeburg nahm eine Versammlung von Tabakinteressenten in der vorigen Woche eine entschiedene Protestresolution gegen die Tabaksteuervorlage an und wahrte sich einstimmig gegen die Behauptung des Reichsschatzsecretärs, daß die Agitation der deutschen Fabrikanten und Arbeiter gegen die Fabriksteuer vorlage eine frivole und eine unverantwortliche Aufregung der Arbeiter gegen die verbündeten Regierungen sei.

In Wien ist von 17 Firmen, welche in 38 Betrieben circa 3000 Arbeiter beschäftigen, durch Anschlag bekannt gemacht worden, daß sie in Folge der Unsicherheit, welche die Tabaksteuervorlage im Gefolge hat, nicht vorarbeiten können, und daß sie nach Ablauf der Kündigungsfrist von zwei Wochen die Arbeitszeit voraussichtlich bis auf 6 Stunden per Tag einschränken, beziehungsweise die Production vermindern müßten.

Arbeiterbewegung.

Die Conditorgehilfen Deutschlands, sowie die sämtlichen Arbeiter und Arbeiterinnen der Zuckerwaaren-, Chocoladen-, Cafes-, Biscuit- und Honigkuchen-Fabriken laden in ihrem Fachorgan „Die Biene“ zu ihrem ersten nationalen Congress ein. Derselbe ist für den 4. und 5. Juni d. J. nach Nürnberg berufen. Das Comité erläßt folgenden Aufruf an die Kollegen:

Es liegt an Euch, ob ihr länger gemillt seid, Euch dem Marginal-Arbeitsstag noch länger vorzuenthalten zu lassen, ferner ist es notwendig, eine geregelte Agitation in allen Gauen des Reichs zu entfalten; wie dieselbe gestaltet werden muß, ist Sache des Congresses, der Central-Verband hat ohnehin schon Vorarbeiten genug, und kann auf Grund der verschiedenen Vereinsgesetze eine durchgreifende Agitation gar nicht entfalten. Von diesen Gesichtspunkten ist es notwendig, den Congress zahlreich zu beschicken. Wählt deshalb an allen Orten Delegirte, Männer von Energie und Thatskraft und voller Ueberzeugung, daß Etwas geschehen muß, die aber auch im Volkstheiß Eures Vertrauens sind. Mit collegialischem Gruß

Das Comité

R. Klejner, R. Hohlfeldt, G. Junker.

Alle Zuschriften sind an R. Hohlfeldt, Berlin O. St. Frankfurterstr. 75 port. zu richten, ebenda sind Mandatsformulare zu haben. Delegirte wollen sich an obiger Adresse melden.

Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.

Der Unterstützungs-Verein für Buchbinder und Schriftsetzer in Elß-Lothringen zählte am Ende des letzten Vierteljahres 1894 in 20 Druckorten 455 Mitglieder und vereinnahmte in diesem Zeitraum insgesamt 3508,50 Mark. Die Ausgaben betrugen 2143,86 Mk. und erforderten die Reise-, Conditionslojen- und Magregelungs-Unterstützung sowie Umzugskosten 700,50 Mk., Krankenunterstützung und Begräbniskosten 470 Mk. Der gesammte Kassenbestand betrug von 59.714,75 Mk. am 30. September auf 61.379,59 Mark am 31. December und vertheilte sich derselbe wie folgt: Allgemeine Kasse: 17.275,11 Mk., Kranken-Zusatzkassen: 476,73 Mk., Invalidenkasse: 39.336,55 Mk.

Eine General-Versammlung der Beamten der Pariser Omnibus-Gesellschaft, welche in der gestrigen Nacht stattfand, machte der Gesellschaft der Vorwurf, daß die Hebererhöhung, welche nach dem Generalanstand von 1891 abgeschlossen wurde, von der Direction nicht ausgeführt wurde. Etwa 3000 Beamte wohnten der Versammlung bei. Heute früh 5 Uhr legte der Präsident der Versammlung das Amt nieder. Diese Demission wurde mit den Worten „Es lebe das Syndicat! Es lebe der Ausstand!“ angenommen. Schließend wurde eine Tagesordnung festgesetzt, welche den allgemeinen Ausstand beschleunigen soll.

Sociale Uebersicht.

Entbehrungslöhne. Dafür, daß sie nichts thun durften, erhielten die vertriebenen „Actionäre“ folgende neue Löhne. Sachliche Glasfabrik Hildeberg zahlte 10 Pct. Dividende, vorher sind aber große Summen abgeschrieben worden. Der Hingewinn betrug 1893 105.933,09 Mark. Der Ausschüttung der Leber- und Milzdrüsen-Fabrik in Dresden hat beschlossen, die Vertheilung einer Dividende von 20 Pct. (gegen 10 Pct. im Vorjahr) vorzuschlagen. Es ist ganz besonders beachtenswert, daß gerade an Aktienrenten so viel verdient wird. Die Sachmannschen Maschinenwerke in Leipzig haben bei der am 17. März stattgefundenen Generalversammlung die Dividende für das Jahr 1893 für die alten Aktien auf 20 Pct., die der neuen auf 13 Pct. festgesetzt. Die Generalversammlungen der Communalbank für das Königreich Sachsen in Leipzig und die der Holz- und Papierfabrik zu Niederzschlema legten die Dividenden auf 9 Pct. bei ersterer und 5 Pct. bei letzterer fest. Die Generalversammlung der Freiburger Papierfabrik zu Weiskorn genehmigte die vorgelegene Dividende von 9 Pct. und nahm die Anschließung von 60 Sämlingsweiden vor. Die Fabrik Leipziger Hauptwerk, vorm. Paul Ehrlich u. Co. zu Sehlis bei Leipzig beschloß die Vertheilung einer Dividende von 12 Pct.

Der Arbeiterinnenverein. Das hiesige Arbeiterinnen-Verein hat mit der Absicht ausgehen, ein Verbot gegen das Halten von Kellnerinnen zu erlassen, um der Entfaltung entgegen zu stehen. Der hiesige Arbeiterverband hat deshalb die einzelnen Vereine zur Stellungnahme hierzu aufgefordert. Die Vereine von Ransheim, Forstheim und Fiedelberg treten für Abschaffung der weiblichen Bedienung ein, während andererseits die Vereine der kleineren Städte sich entgegenstellen für ihre Beibehaltung aussprechen. Dabei sollte sich in der

Debatte, die darüber im Karlsruher Wirthverein gepflogen wurde, die ebenso überraschende wie bedauerliche Thatsache heraus, daß eine nicht geringe Anzahl Wirthin ihren Kellnerinnen überhaupt keinen Lohn zahlen, ja daß beispielsweise in Karlsruhe 14 Wirthin für die Einstellung der Kellnerinnen noch ein Entgelt erheben. Die Zahl der Kellnerinnen in Baden ist eine sehr beträchtliche, in Karlsruhe hatten sich im vorigen Jahre allein über 3000 auf dem Pabureau angemeldet. Die „Frankf. Stg.“ zweifelt mit Recht an der vom Ministerium beabsichtigten Wirkung und fügt hinzu: „Wenn bei diesem Gewerbebetrieb von einem Krebschaden die Rede sein kann, so besteht er in dem Verdingungswesen, das vielfach einer Ausbeutung der Stellensuchenden außerordentlich ähnlich sieht; eine Enquete würde auf diesem Gebiete die schlimmsten Dinge zu Tage fördern. Der Karlsruher Wirthverein nahm schließlich von einer Beantwortung der Kellnerinnenfrage Abstand; er wird die Angelegenheit auf dem im Mai stattfindenden Verbandstag in Durlach zur Sprache bringen.“ Das Verdingungswesen im Gastwirthsgewerbe ist allerdings ein — wenn auch nicht der einzige — Krebschaden; Kellnerinnen und Kellner haben gleichmäßig darunter zu leiden; es bedarf dringend der Regelung. Nur wird eine solche nicht gefunden werden können durch oder mit den Wirthin, denn diese sind es, welche von der Stellenvermittlung ihres Personals durch die Commissionäre indirect ihren Vortheil ziehen.

Locales.

Breslau, den 22. März 1895.

\* Beschlagnahme wurde zur Abwechslung wieder einmal die „Volkswacht“ und zwar die gestrige Nummer, deren Leitertitel „Die man Socialisten verurtheilt“ eine Majestätsbeleidigung enthalten soll. Es handelt sich dabei unterer Annahme nach lediglich um die ganz objective Wiedergabe einer Gerichtsverhandlung gegen einen sächsischen Meter, der wegen Majestäts-Beleidigung processirt wurde und dessen incriminirte Äußerung einfach berichtend wiederholt worden ist und zwar nach dem Berichte eines anderen Blattes. Hier die Absicht zum Begeben einer Majestätsbeleidigung oder auch nur das Bewußtsein, diese Strathat begangen zu haben, anzunehmen, kann auch wohl nur in Breslau passieren. — Beschlagnahme wurden noch einige hundert Exemplare.

\* Stadterordneten-Versammlung. Von geringer Bedeutung waren die meisten der Vorlagen, die in der gestrigen Sitzung zur Verhandlung kamen, nur sehr wenige derselben haben den Stadtvätern Veranlassung, in eine Discussion einzutreten. Ueber die wichtigsten Vorlagen sei nachstehend berichtet: Zur Beilegung der Schlamm- und Sandfänge in den Canälen älterer Construction sollen 10.000 Mark bewilligt werden; der Ausschuss empfiehlt die Bewilligung und die Versammlung beschloß demgemäß. — Die Wahl sies und Protocolle der im vorigen Jahre stattgefundenen Stadterordneten-Ergänzungs- und Ersatzwahlen sind der Versammlung überhandt worden. Nach eingehender Prüfung empfiehlt der Wahl- und Verfassungsausschuss, sämtliche Wähler, mit Ausnahme der Wähler in den Bezirken 24 und 28, welche für sich handelt werden, für gültig zu erklären, was auch geschah. — Die Vorlage des Magistrats betreffend die Aenderung der für die Gewährung von Reiselosen und Tagesgeltern bestehenden Vorschriften wurde auf Vorschlag des Referenten an den Finanzausschuss verwiesen. — Zur Ueberwindung an den Schulanenschuß gelangte nach kurzer Debatte der Antrag d. s. Magistrats auf Fördereinführung der Mittelschule für Knaben. — Der Etat der Volksbibliothek wurde festgelegt und nach dem Antrage des Statausschusses beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, auf eine Neuordnung der Volksbibliothek Bedacht zu nehmen. — Im Weiteren ertheilte die Versammlung eine Reihe von Sicherungsverträgen; gegen halb 7 Uhr schloß der Vorsitzende die öffentliche Sitzung, der eine geheime folgte.

\* Die Amtlocalitäten der Abtheilung I des hiesigen Polizei-Präsidiums, zu deren Geschäften insbesondere die Ausstellung von Reis- und Reisepapieren, von Jagdscheinen, Führungs- und Anwarts-Aktien, die Bearbeitung der Inscriptions- und Altersverordnungen, sowie der Paß- und Krankenlisten-Angelegenheiten u. s. gehört, werden am 1. April d. J. nach dem Hause Schulstraße Nr. 54 und die Amtlocalitäten des 2. Polizei-Commissariats nach dem Grundstück Ritterplatz Nr. 12 verlegt.

\* Das Bureau der Eisenbahn-Abtheilung Breslau (Fresler und Umgehungsbahn) befindet sich vom 12. d. M. ab in dem Hause Bräuderstraße 36.

\* Von der Abhaltung der öffentlichen Prüfungen in den Breslauer Volksschulen wird am Schluß des laufenden Jahres erst späteren und innerer Schritte abgesehen. Sie werden durch eine öffentliche abschließende Schulentlassungsfeier ersetzt. Diese wird am 30. d. Mts. stattfinden und zwar in den Räumlichkeiten Donnerstags um 9 Uhr und in den Räumlichkeiten am 10. Uhr. Die besondere Gestaltung

dieser Schlußfeier bleibt den Herren Rectoren überlassen. Anfang April wird eine Ausstellung von Schülerzeichnungen aus mehreren Volksschulen in der Turnhalle, Neue Gasse 6.7 und von Handarbeiten der Schülerinnen der Mädchenschulen in der Turnhalle am Lessingplatz nachfolgen. — Diese öffentlichen Prüfungen hatten schon längst jede Bedeutung verloren, so daß ihre Beilegung sehr nöthig war.

Bewegung der Bevölkerung. In der Woche vom 10. März bis 16. März 1895 fanden nach dem Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Breslau 46 Geburten statt. In der Vorwoche wurden 272 Kinder geboren; davon waren 219 ehelich, 53 unehelich, 286 lebendgeboren, (133 männlich, 128 weiblich), 6 todtgeboren, (2 männlich, 4 weiblich). Die Anzahl der Gestorbenen (excl. Todgeborene) betrug 210 (105 männlich, 105 weiblich) mit Einschluß der nachträglich aus Vorwochen gemeldeten. Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 63 (darunter 17 unehelich Geborene) 1 bis 5 Jahren 22, von 5 bis 10 Jahren 2, von 10 bis 15 Jahren 1, von 15 bis 20 Jahren 3, von 20 bis 25 Jahren 4, von 25 bis 30 Jahren 6, von 30 bis 40 Jahren 11, von 40 bis 50 Jahren 17, von 50 bis 60 Jahren 16, von 60 bis 70 Jahren 34, von 70 bis 80 Jahren 22, über 80 Jahre 9. — Es starben an Scharlach 2, an Masern und Mitheln — an Rose —, an Diphtheritis und Group 2, an Wochenbettfieber 1, an Keuchhusten —, an Unterleibstypus —, an acutem Gelenk-Rheumatismus —, an Ruhr —, an Brechdurchfall —, an Magen- und Darmcatarrh bei Kindern bis 5 Jahren 16, an anderen acuten Darmkrankheiten —, an anderen Infectionskrankheiten 9, an Krebs 10, an Gehirnschlag 4, an Krämpfen 12, an anderen Krankheiten des Gehirns 15, an Lungenschwindsucht 28, an Lungen- und Luftröhren-Entzündung 30, an anderen acuten Krankheiten der Athmungs-Organe 5, an anderen Krankheiten der Athmungs-Organe 13, an Lebensschwäche und Atrophie bei Kindern 18, an allen übrigen Krankheiten 43, in Folge von Verunglückung 2, in Folge von Selbstmord 1, Unbekannt 1. Todtschlag —. Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kamen in der Berichtswöch: Gestorbene überhaupt 30,04, im ersten Lebensjahre Gestorbene 9,01, an Lungenschwindsucht Gestorbene 4,00.

Polizeilich gemeldete Infectionskrankheiten. In der Woche vom 10. März bis 16. März 1895 wurden 53 Erkrankungsfälle gemeldet und zwar erkrankten an mod. Pocken —, Cholera —, Diphtheritis 18, an Unterleibstypus 2, an Rückfallfieber —, an Scharlach 20, an Malaria 13, an Ruhr —, an epidem. Genickstarre —, an Wochenbettfieber —.

\* Von der Oder wird berichtet: Von Mittag 12 Uhr trat am Donnerstag ein so rasches Anschwellen des hiesigen Wasserstandes ein, daß die Lehmgelbe Fluth beinahe stündlich um 10 Centimeter wuchs und um 4 Uhr ein halbes Meter höher stand als am Morgen. Gegen 6 Uhr Abends setzten sich unter diesem Andrang endlich die riesigen Eisflächen in Bewegung, die so lange am rechten Oberufer ausgehalten hatten, und passirten krachend berhend die Lessingbrücke, sowie die Dombücke und Gneisenaubücke. Trotz seiner noch immer erheblichen Dicke brach das Eis leicht in kleine Schollen, da es durch und durch mürbe war. Die im Unterwasser liegenden Schiffe sind auch durch diesen Eisgang nicht beschädigt worden. Die Nachricht von Dammbrochen und Ueberfluthungen unterhalb Ohlau, welche vielfach verbreitet worden ist, bezieht sich, nur auf die niedrigen und schwachen Sommerdeiche und das nur von ihnen geschützte Vorland, das meist nur aus Hutungen besteht. Der Bruch eines Hochdammes, die Ueberfluthung von Ortschaften oder Feldmarken ist bis zur Stunde nirgends eingetreten und ist im hohen Grade unwahrscheinlich, da wir mit dem Eintreten der kälteren Witterung ein weiteres Steigen der Oder im Oberlauf nicht zu befürchten haben.

\* Ueber das neue Volkstheater, dessen Eröffnung vor kurzem besprochen wurde, weiß die „Bresl. Zeitung“ jetzt noch zu berichten: Das Unternehmen wird am 1. April 1895 im Victoria Theater (Simmerauer-Garten) unter Direction Gebrüder Herrnsfeld und Loboski mit den Novitäten: „Das Geburtstagskind“ und „In der Waschanstalt“ beginnen. Alles Nähere ergeben die späteren Annoncen.

\* Stadt-Theater. Heute Freitag gelangt die komische Oper von D. Nicolai Die lustigen Weiber von Windsor zur Wiederholung. Morgen Sonnabend geht das Volksstück „Rein Leopold“ von P. Arronson in Scene.

\* Thalia-Theater. Sonntag gelangt das Lustspiel „Die Journalisten“ von Gustav Freitag zur Aufführung. Der Biletvorverkauf für diese Vorstellung findet heute von 10 bis 3 Uhr bei L. A. Schlesinger, Ritterplatz 10,11, statt.

\* Lobe-Theater. Heute Freitag gehen letztmalig die Novitäten „Aus Berlin W.“ und „Die Generalin“ in Scene; Morgen, Sonnabend, gelangt zum Benefiz der Fraulein Rosa Robic das beliebte, seit mehreren Jahren nicht mehr gegebene Schauspiel „Der Fall Clemeaceau“ neu einstudirt zur Aufführung. Sonntag gelangt als Nachmittags-Vorstellung zu ermäßigten Preisen zum letztenmal das überaus beliebte vieractige Lustspiel „Palati“ zur Aufführung.

\* Concordia-Theater. Heute Freitag gelangt das Volksstück „Anna-Lise“ zur Aufführung. Morgen Sonnabend fällt die Vorstellung aus. Sonntag findet das zweite Schauspiel des ersten Selangs- und Charakterstücken Otto Krause vom Stadt-Theater in Glien statt. Derselbe



gestirbt als Oberst von Grodick in der Luftspielwunde. Das Heirathsnest.

\* Beim Stiftungsfest des Socialdemokratischen Vereins ist ein schwarzer Damenhandschuh und eine Cigarettasche gefunden worden; beide Gegenstände sind beim Cassirer, Schulgasse 19, III. Etage, in Empfang zu nehmen.

\* Polizeiliche Nachrichten. In das Polizeigefängnis wurden am 20. d. Mts 72 Personen eingeliefert. — Abhanden kamen: zwei Portemonnaies mit 20 und 26 Mark, ein Brief, enthaltend eine Ehescheidungsurkunde, und ein dunkles Knabenbeinkleid. — Gefunden: ein Siegelring, gezeichnet H. M., ein Trauring, gezeichnet J. B., ein Zweimarkstück, ein brauner Winterüberzieher, ein Habelock und eine Damen-Remontoiruhr mit Goldrand.

Schlesien.

\* Gahnau, 20. März. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde beschlossen, vom 1. April d. J. ab an den hiesigen Mädchenschulen obligatorischen Turnunterricht einzuführen. Derselbe soll bis zur Erbauung einer Turnhalle in den Gärten des alten Schulhauses erteilt werden. Ferner wurde genehmigt, daß die Stadt die beiden hiesigen Privatbadeanstalten übernimmt.

\* Krawasser. Am Montag Abend fand hier eine von ungefähr 400 Personen besuchte Porzellanarbeiter-Versammlung statt, um Stellung zu nehmen zu der über der Fabrik von C. Tilsch u. Co. verhängten Sperre. Von Seiten des Hauptvorstandes zu Braum waren zwei Mitglieder, Herr Bey und Wollmann, erschienen. Die Dreher und Maler hatten je eine Deputation zum Director geschickt und ihre Forderungen überreichen lassen und waren mit dem Director in Verhandlungen getreten. Zuerst erstattete hierüber ein Vertreter der Dreher den Bericht. Derselbe führt aus, daß der Director Bauer ihnen mitgeteilt hätte, er wäre nicht gewillt, mit ihnen zu unterhandeln. Es hätte dies vielleicht geschehen können, wenn die Arbeiter nicht gleich die Sperre über die Fabrik verhängt haben würden. Trotzdem ließ er sich doch herbei, über einzelne Punkte zu verhandeln, wobei er erklärte, es sei gar nicht daran zu denken, die Löhne zu verbessern, denn die Fabrik arbeite schon jetzt mit Unter-Bilanz, er müßte überhaupt die Gesamt-Forderung als unübersehbar bezeichnen. Ein Vertreter der Maler, welcher der Conferenz mit beigewohnt hatte, erklärte darauf, daß die Sache bei ihnen ähnlich verlaufen ist. Auch hier bemerkte der Herr Director, daß sie mit Schaden arbeiten. Ein Mitglied wies darauf hin, daß wohl keine Fabrik so günstig gelegen wäre, wie die von Tilsch; erstens ginge das Bahngelände durch die Fabrik, zweitens wäre die Grube in allernächster Nähe, drittens sei auch Herr Tilsch noch Besitzer von Gruben. Aus den Berichten der Actiengesellschaften von Porzellanfabriken gehe hervor, daß dieselben bis 15 pSt. Dividende zahlen. Herr Director Bauer giebt die gute Lage zu, meinte aber, daß sie trotz dem nicht vortheilhafter arbeiten. Der Vorsitzende verliest eine Zuschrift des Hauptvorstandes, daß Mitglieder, welche kündigen, die Fahrkosten erhalten, selbst wenn die Carrenzzeit noch nicht erreicht ist. Ferner wurde die Antwort des Vorstandes des Magdeburger Verbandes verlesen. Derselbe hat es abgelehnt, einen Vertreter zu senden und meint, die augenblickliche Lage sei nicht geeignet, in einen Lohnkampf einzutreten. Herr Bey wünscht, daß zunächst die interessirten Arbeiter sich zu der Sache äußern. Nach einer Mittheilung des Vorsitzenden hat der Ausschuß mit den Vertretern des Hauptvorstandes am Sonntag Abend eine Conferenz abgehalten, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, die verhängte Sperre in verschärfter Weise weiter bestehen zu lassen und die Wirkung derselben vorläufig abzuwarten. Die Discussion hierüber wollte Anfangs nicht so recht in Fluß kommen, sie wurde aber schließlich doch sehr reger. Sämmtliche Redner traten für Aufrechterhaltung der Sperre und für deren Verschärfung ein. Ein dahingehender Antrag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Ferner gelangte ein Antrag einstimmig zur Annahme, wonach mit dem Chef der Fabrik bezüglich der gestellten Forderungen in Unterhandlungen getreten werden soll, damit nichts unberücksichtigt bleibe und der Herr nicht sagen kann, er habe von den Forderungen keine Kenntniß. Nach Erledigung einiger weniger wichtigen Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

\* Nieder-Hermesdorf. Am Sonntag hielt der hiesige Knappenverein seine regelmäßige Monatsversammlung ab. Dieselbe wurde vom Vorsitzenden Herrn Demuth in der üblichen Weise eröffnet. Sodann wurde das Protocoll der letzten Versammlung verlesen und ohne Debatte von der Versammlung gutgeheißen. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, „Anträge und Beschwerden“, lag nichts vor und wurde zum 2. Punkte, „Verschiedenes“, übergegangen. Herr Demuth verlas ein Schreiben sämmtlicher hiesiger Knappschafskältern an den Knappschafsvorstand, in welchem dieselben wiederum den Antrag gestellt hatten um Einlegung eines zweiten Arztes für hiesigen Ort, da die Gemeinde von Jahr zu Jahr an Einwohnern zugenommen hat. Gleichzeitig wurde um Verlegung der Sprechstunde des Herrn Dr. Adam gebeten. Der Knappschafsvorstand hält den letzten Wunsch für gerechtfertigt und ist hierin eine Aenderung eingetreten. Betreffs der Anstellung eines zweiten Arztes sollen erst Erhebungen angestellt werden, ob hierzu eine Nothwendigkeit vorliegt. Ferner machte der Vorsitzende noch auf folgenden Fall aufmerksam. Wenn ein vollberechtigtes Knappschafskmitglied Eltern zu ernähren hat, so hat der Arbeiter, wenn unverheirathet, schon vom 1. Tage ab die Krankenunterstützung zu beanspruchen. Derselbe muß aber den Nachweis führen, daß er wirklich die Eltern unterstützt. Ebenso können auch Wittver, welche sich eine Wittim halten, die bezüglich Unterstützung beanspruchen. Da Weiteres nicht vorlag, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

\* Reife, 21. März. Opfer der Arbeit. Der Maurergeselle Anton Rösig aus Dittmannsdorf, welcher hier auf der Kaiserstraße beschäftigt war, stürzte gestern Vormittag vom Dache eines Hauses herab und blieb auf der Stelle todt liegen.

Aus den Nachbarprovinzen.

\* Posen, 19. März. Die Krankenwärter Johann Antkowiak und Nikolaus Wierkiewicz von der Trennung des städtischen Krankenhauses wurden gestern wegen Körperverletzung zu einem Monat bzw. drei Tagen Gefängniß verurtheilt. Die Verurtheilten hatten (wie das „Pos. Tagebl.“ berichtet) im September v. J. einen an Delirium leidenden Commis Bangner, halb nachdem derselbe eingeliefert war, am Hals gewürgt, mit Gewalt gebadet, in einen Zwangsstuhl gesetzt und ihm eine Zwangsjacke angelegt. Bangner ist sechs Stunden nach seiner Einlieferung gestorben, es hat sich jedoch nicht feststellen lassen, daß der Tod durch die Mißhandlungen erfolgt ist. Die Strafe wurde, wie im Urtheil ausgeführt wurde, nur wegen der mangelnden Controle und der mangelnden Instruction der Krankenwärter so niedrig bemessen.

\* Argentinien, 19. März. Sonntag früh gegen 3 Uhr stürzte in der größtentheils aus sog. Lehnpatzen erbauten Gebäude des Büdnere Hartung aus Parochie-Parzellen eine Wand ein und begrub, wie die „Pos. Btg.“ meldet, den Einwohner Mrozinski, seine im Wochenbett liegende Frau und ihr erst 8 Tage altes Kind, das am selben Tage gekauft werden sollte, unter sich. Die Frau und das Kind wurden als Leichen, der Mann mit erheblichen, indessen nicht lebensgefährlichen Quetschungen an den Beinen und Füßen unter den Trümmern hervorgezogen. Das Haus wurde sofort polizeilich abgesperrt.

Neueste Nachrichten.

\* Berlin, 21. März. Die Verhandlungen des Staatsraths wurden vom Kaiser geschlossen mit einer Ansprache, in welcher er hervorhob, daß, wenn auch das Ergebnis der Verhandlungen hochgespannte Erwartungen vielleicht nicht überall befriedigen möge, es doch von hoher Bedeutung sei, daß auf diesem Gebiete die Grenzen des Erreichbaren klar erkennbar geworden sind. Die Sachkunde und die praktischen Erfahrungen der Mitglieder geben die besondere Gewähr, daß die Vorschläge auch bei den weiteren Erwägungen seitens der Regierung sich als zweckentsprechend und durchführbar erweisen werden. Solche Mittel aber, deren Anwendung auch von Ihnen als ungeeignet für die Erreichung des Zweckes, als practisch nicht ausführbar oder als gefährlich für die Erhaltung der staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung erkannt und widerrathen sind, wird meine Regierung um so unbedenklicher aus dem Kreise ihrer Erwägungen ausschließen können.

— Zur Umsturzvorlage erklärt die „Nordd. Allgem. Btg.“, daß die Regierung sich nicht zufrieden geben könne mit der holländischen Streichung des § 130 und der angenommenen Fassung des § 111a (die Anpreisung von Verbrechen und Vergehen). Dagegen sei die Regierung entschlossen, den bisherigen § 130a in Gemäßheit des Antrages des Centrum und des Beschlusses der Commission aufzuheben, wenn die Centrumspartei bei obigen kritischen Punkten der Regierung entgegenkomme. Zugleich wird angedeutet, daß die Regierung bereit sei, die §§ 184, 185a, welche die Commission dem Antrage des Centrum gemäß nach dem Entwurfe der lex Heinze in diesen Entwurf eingeschoben hat, anzunehmen. Nicht angenommen kann dagegen der nicht in der lex Heinze enthaltene § 184 b werden, welcher sich gegen theatralische Vorstellungen kehrt, die durch Verletzung des Scham- oder Sittlichkeitsgefühls Vergerniß zu erregen im Stande sind. — Da wird sich die Sache ja ganz vortreflich machen.

— In der Tabaksteuercommission haben die Vertreter der Conservativen, der Reichspartei, des Centrum und der Nationalliberalen einen Abänderungsantrag zu § 1 eingebracht, nach welchem Tabakblätter 80 Mark, Tabaksaucen 120 Mark, Cigarren 900 Mark, Cigaretten 1200 Mark, anderer fabricirter Tabak 150 Mark Zoll zahlen sollen; Brasil-Carotten sollen 180 Mark Zoll zahlen; Tabakblätter sollen außer dem Gewichtszoll einen Zuschußzoll von 15 pSt. des Werthes tragen; inländischer Tabak soll 45 Mark Steuer zahlen. — Der Reichschatzsecretär Graf Posadowsky erklärte, die Regierung würde einem erhöhten Schutz Zoll nur in Verbindung mit der Fabriksteuer zustimmen, da es sich vor allem um eine Verbesserung der Finanzlage handelte.

— Ueber Pläne, eine Erhöhung der Tabaksteuer in der Commission herbeizuführen, theilt die „Freisinnige Zeitung“ mit: Der Abg. Paasche ist dem Vernehmen nach der Urheber des Planes auf Einführung von Werthzöllen für Rohtabak. Dem Abg. Clemm-Ludwigs haben kommt es wesentlich auf Erhöhung des Schutzzolles für Rohtabak an, während Enneccerus versuchen will, im Plenum eine Fabriksteuer zu beantragen, welche verschiedene Werthklassen der Tabake mit verschiedenen Procentfäßen der Steuer belegt. Schädler verhandelt nach beiden Seiten, einerseits mit Enneccerus, dessen Antrag er annehmen will, andererseits mit dem Abg. Clemm.

— Der Präsident von Ledebow wird am Sonnabend bei Beginn der Reichstagsitzung das Grücken stellen, ihm zu gestatten, dem Fürsten Bismarck die Glückwünsche des Reichstages zu überbringen. Alsdann werden diejenigen Parteien, welche mit einer solchen Demonstration des Reichstages nicht einverstanden sind, solches kurz erklären. Die Abstimmung wird alsdann entscheiden. — Wie Berliner Blätter mittheilen, will Herr v. Ledebow im Falle der Ablehnung seines Vorschlags sofort das Präsidium niederlegen und gleichzeitig würden die conservative und die national-liberale Partei erklären, daß keines ihrer Mitglieder bereit sei, in diesem Reichstag noch im Präsidium zu sein. Das wäre ja allerdings ganz fürchterlich! Ob die Herren übrigens nicht am Besten thäten, diesen Reichstag gleich ganz zu verlassen und zu warten bis das deutsche Volk einmal einen national-liberal-conservativen Reichstag wählt? Da würden die Deutschen allerdings etwas lange warten müssen!

— Als Vorkämpfer in Petersburg ist nach Meldungen der „Arenzeitung“ und „Berl. N.“ Fürst Radolin, Vorkämpfer in Constantinopel seit 1892, auszuweisen. — Im „Reichsanzeiger“ wird jetzt die Abberufung des Generals v. Werder amtlich bekannt gegeben. Da ist's also wirklich

nicht mit Herberl Bismarck? Es war so schön gewesen. —

— Die Köllersche „Berliner Correspondenz“ erklärt die Gerüchte über den angeblichen Rücktritt des Handelsministers Freiherrn von Verelisch für unbegründet.

— Amberg, 21. März. Wegen der Fuchsmühler Vorgänge ist, wie die „Amberger Volkszeitung“ erfährt, gegen sämmtliche 154 in der Fuchsmühler Angelegenheit unter Anklage Gestellten das Hauptverfahren vor dem Landgericht in Weiden eröffnet worden. Die Hauptverhandlung beginnt am Dienstag, den 23. April, und wird voraussichtlich mehrere Tage dauern.

— Leichter, 21. März. Ausgesperrte Arbeiter der hiesigen Schuhfabriken veranstalteten heute Nachmittag eine große Kundgebung, indem sich etwa 10,000 bis 12,000 derselben auf dem Marktplatz versammelten und mit Bannern und Musik die Stadt durchzogen.

— Saag, 21. März. Die zweite Kammer hat heute den Antrag auf Revision des Politisches zum Schutze der Landwirtschaft und der Industrie mit 52 gegen 33 Stimmen abgelehnt. Die Regierung hatte den Antrag heftig bekämpft.

— Paris, 21. März. Nachdem der französische Hauptmann Romani durch den Anschlag des Königs Humbert begnadigt worden ist, hat Präsident Faure auch die Begnadigung des in Nizza wegen Spionage verurtheilten italienischen Majors Folta unterzeichnet.

— Madrid, 21. März. Gegenwärtig besteht die größte Wahrscheinlichkeit, daß das Ministerium Canovas gebildet wird.

— New-York, 21. März. Nach einer Drahtmeldung aus Barranca (Peru) hat in Lima ein dreitägiger Kampf zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen stattgefunden. Die Verbindung mit Lima ist unterbrochen. Der Ausgang des Kampfes ist nicht bekannt. — Nach einem späteren Telegramm aus Barranca wurde nach dem Kampfe in Lima vom Dienstag ein Waffenstillstand vereinbart. Es heißt, daß durch die Vermittelungen der fremden Gesandten eine provisorische Regierung gebildet wurde.

— Telegramme aus Keywest melden ein Gerücht, der amerikanische Schooner „Goldenhour“ sei auf der Höhe von Cap San Antonio (Cuba) durch ein spanisches Kriegsschiff zum Sinken gebracht worden.

— New-Orleans, 21. März. Die Anklage-Jury hat dem Gerichte 15 Anklageschriften zugestellt, nach welchen 28 Personen wegen der bei den Unruhen zwischen den weißen und farbigen Arbeitern begangenen Mordthaten belangt werden sollen. — Nach einem Drahtbericht aus New Canon (Indiana) kamen dort 15 Personen durch eine Explosion in einem Kohlenbergwerke ums Leben.

— Chimonoseki, 21. März. Die Friedensverhandlungen zwischen Japan und China fangen heute hier an.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 21. März. Geburten: II. Hausbesitzer Rudolf Pfister, ev., L. — Versicherungs-Inspector Otto Mey, ev., S. — Hilfsbremser August Kretschmer, kath., zwei Söhne. — Schneider Franz Wozorak, kath., L. — Maschinist Emil Hoffmann, ev., L. — Postschaffner Hermann Pirschel, ev., S. — Kutcher Robert Breisheit, ev., L. — Barbier Paul Meyer, ev., S. — Eisenbreher Reinhold Darisch, ev., S. — Locomotivführer Raphael Böffel, kath., L. — Former Wilhelm Weisner, evang., L. — Schlosser Theodor Roth, ev., S. — Töpfer Ernst Adam, evang., L. — Schuhmacher Albert Schmidt, kath., L. — II. Kaufmann Eugen Urbach, ev., S. — Postassistent Albert Böhm, ev., L. — Postunterbeamter Hermann Rosowski, kath., S. — Bahnarbeiter Hermann Grub, ev., L. — Haushälter Ernst Seidel, evang., S. — Bädermeister Hermann Kunert, ev., S. — König. Kataster-Assistent Richard Diffe, ev., S. — Gutmacher Rudolf Jauner, kath., L. — Schuhmacher Johann Litz, kath., L. — Kassenbote Hermann Böbel, ev., S. — Haushälter Wilhelm Schwobe, ev., S. — Tischler Josef Wende, kath., S.

Todesfälle: I. Näherin Louise Moser, 54 Jahre. — Rohrleger Reinhold Dreschner, 23 J. — Lehrling Martha Höbel, 15 J. — Georg, S. des Restaurateurs August Wotisch, 1 J. — Arbeiter Ernst Gerber, 52 J. — Arbeiter Wittwe Ernestine Masche, geb. Vogel, 69 J. — Corpssdiener Hermann Hein, 35 J. — Christiane Schneider, ohne Beruf, 73 Jahre. — Wirthschafterin Anastasia Strachotta, 46 J. — Haushälterin Bertha Standare, geborene Schwintowski, 55 J. — II. Alwine Anipach, ohne besonderen Beruf, 78 J. — Erich, S. des Generalandachtens-Regiments Paul Proß, 8 M. — Elfriede, L. des Schuhmachers Friedrich Klian, 7 M. — Adele, L. des Special-Commiss. -Bur. -Diatar Theodor Wunscht, 3 M. — Fleischer Josef Schwabitz, 27 J. — Anna, L. des Gepäckträgers Hermann Michalske, 2 J. — Frieda, L. des Haushälters Augustin Daumann, 3 J. — Kaufmann Albert Fleureton, 65 J. — Kaufmann Moritz Grün, 52 J. — Alfred, S. des Arbeiters Gottfr. v. Haake, 3 Wochen. — Arbeiterin Louise Kunder, geb. Reichelt, 57 J. — Hedwig, L. des Werftstättenreisers Carl Peisler, 7 Wochen. — III. Margarethe, L. des Bäckermeisters Josef Punde, 1 J. — Kranhelferfrau Anna Langner, geb. Pielich, 41 J. — Gertrud, L. des Brennerreifers Reinhold Böhl, 8 M. — Schuhmacher Wilhelm Gerlach, 55 J. — Frieda, L. des Restaurateurs Paul Biedermann, 5 M. — Margarethe, L. des Arbeiters August Dörfer, 1 Jahr. — Anstreicher August Ober, 23 J. — Bezirkschornsteinfegermeister Carl Filtz, 23 J.

Briefkasten.

Wegen Raumangel mußte der Bericht über die Frauenversammlung für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

A. B., hirt. Sie senden uns am 22. März einen Bericht über die Bezirksconferenz des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die am 3. März stattfand. Wenn die am meisten an der Veröffentlichung eines solchen Berichtes interessirten Kreise 3 Wochen vergehen lassen, ehe uns einige Zeilen über den Verlauf der Conferenz zugesandt werden, dann müssen wir doch jetzt die Veröffentlichung eines Berichtes, weil gar zu veraltet, ablehnen.



Stadt-Theater.

Freitag: Die lustigen Weiber v. Windsor.
Sonnabend: Mein Schatz.

Lohe-Theater.

Freitag: Zum letzten Male: Aus Berlin W.
Sonnabend: Der Fall Clémentine.

Victoria-Theater

(Simmenseuer-Garten.)
Täglich: Specialitäten - Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Circus Renz.

Breslau, Konigsplatz.
Heute Freitag, 22. März etc.,
Abends 7 1/2 Uhr:
Erste große Clown- und
Komiker-Vorstellung.

Ein Künstlerfest

Große Ausstattungs-Pantomime v.
Hofballmeister A. Stens. Auf das
Glänzende Inszeniert vom Direktor
Fr. Renz.

Der Billet - Vorverkauf für
numerirte Plätze findet in dem
Cigarren-Geschäft des Herrn C. A.
Schick...

Nach Schluß der Vorstellung stehen
Gymnastik der Elektr. Bahn zur
Verfügung...

Freitag, den 21. März:
2 Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr:
(ein Kind frei)
„Die lustigen Heideberger.“
Abends 7 1/2 Uhr:
„Ein Künstlerfest.“
Fr. Renz,
Sp. Kassendirektor.

Ohlau.

Sonnabend, den 23. März.
Abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
des
Arbeitervereins von Ohlau
und Umgegend
in Ohlau am „Weißen Hof.“
Alle haben Zutritt.
Der Vorstand.

Danksagung.

Für die vielen Beweise der Liebe und Theilnahme an der
Beerdigung unseres guten Gatten und Vaters, des Steinarbeiters
Julius Hänsel,
insbesondere dem Arbeiter-Verein zu Eisdorf für die Kranzspenden,
sowie für die Musik desselben, und den Trägern sagen wir unsern
tiefgefühltesten Dank.
Eisladsdorf, den 20. März 1895.
Die trauernde Wittwe u. Kinder.

Georg Dienstfertig
Schnittwaaren- u. Wäsche-Geschäft

Friedrich-Wilhelmstr. 77, 2. Laden vom Königsplatz links
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in
Kleiderstoffen, Leinen, Cattune, Züchen, Jaletts,
Herren- und Damen-Wäsche
sowie fertige Confection
zu fabrikhaft billigen aber streng festen Preisen.

Eisdorf.

Arbeiter-Verein.
Samstag, d. 24. März, Nachmittags 3 Uhr
Mitglieder-Versammlung
bei Herrn Radewagen.
Tagesordnung: 1. Vereins-Ange-
legenheiten. 2. Verschiedenes und
Fragekasten. — Der wichtigen Tages-
ordnung halber ist es Pflicht jedem
Mitgliede, zu erscheinen.

Cigarren

in nur guten Qualitäten und jeder
Preisliste empfiehlt
C. Koppatz,
Kurze Gasse 76.
Der Vorstand.

3. Klasse 192. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers for the 3rd class of the 192nd Prussian Lottery, including winning numbers and prize amounts.

Vereins-Kalender.

Breslau.
Verband der Buchbinder etc.
(Bahnhof-Breslau.) Alle Sonnabende
Mitglieder-Versammlung und Zahl-
abend im Vereinslocal „Hotel zu den
drei Bergen“, Böttnerstraße 33. —
Gäste stets willkommen.
Sonnabend, den 23. März:
Deutscher Metallarbeiter-
Verband (Klempner). Jeden zweiten
Sonnabend im Monat Abends von 8
bis 10 Uhr: Mitglieder-Ver-
sammlung. Entgegennahme der Bei-
träge, Ausgab. des Verbandorgans,
sowie Umtausch der Bibliotheksbücher
im Cassenlocal, verbunden mit Ar-
beitsnachweis bei Zabel, Kl. Groschen-
gasse 15. — Ausnahme neuer Mit-
glieder. — Die Central-Herberge be-
findet sich in Edlich's Brauerei
„zu den drei Lauben“, Neumarkt 8.
Metallarbeiter-Verband (Zahl-
stelle Breslau [Schloffer]). Abends
8 Uhr: Cassenabend, Ausgabe des
Verbandsorgans, Umtauschen der
Bibliotheksbücher u. Aufnahme neuer
Mitglieder im Locale „zu den drei
Lauben“, Neumarkt 8.
Central-Kranken- und
Sterbekasse der Tischler-
und anderer gewerblichen
Arbeiter (Hamburg). Abends
8 Uhr: Cassenabend und Auf-
nahme neuer Mitglieder in Heiber's
Brauerei, Herrenstraße 19 (Ecke
Engelsburg).
Verein zur Regelung der ge-
werblichen Interessen der
Töpfer und Berufsgenossen

Breslau's. Cassenabend. Vere-
sammlungen jeden Sonnabend
dem 15. jeden Monats bei Max
Kl. Groschengasse 11.
Deutscher Holzarbeiter-
Verband (Zahlstelle Breslau)
Breslau u. Cassenabend
im Jansch's Brauerei, Heinrichstr.
Allgemeine Kranken-
Sterbekasse der deutsch
Drechsler u. der verwandten
Berufsgenossen. (E. S.
Hamburg.) Abends von 8-10 u
Cassenabend in Leupoldi-
Verband deutscher Gold-
und Silberarbeiter und
verwandter Berufsgenossen
(Zahlstelle Breslau.) — Ab-
ends 8 Uhr: Vereins- und Cassen-
abend im Müsters Lokal, Bef-
bamm 28. — Aufnahme neuer
Mitglieder.
Verein deutscher Schu-
macher (Zahlstelle Nr. II.) Abends
8 Uhr in Berg's Restaurant
Bismarckstr. 32.
Allgem. Kranken- und Ster-
bekasse der Metallarbeiter
(E. S. 29.) Abends von 8-10 u
jeden Monats von 12-2 Uhr Cassen-
abend im „goldnen Hecht“, Neude-
straße 65. — Aufnahme neuer
Mitglieder
Vereinigte Gutmacher. Ab-
ends von 8-10 Uhr: Cassenabend
„rothen Admen“.
Verein Deutscher Cigarren-
Sortierer. Zahlstelle Breslau
Cassenabend von 8-10 Uhr bei
Bötkel, Nicolaistraße 37.

Table with lottery numbers for the 3rd class of the 192nd Prussian Lottery, continuing from the previous table.